

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Zehn Jahre christliche Gewerkschaftsbewegung.

Unter diesem Zeichen wird der am kommenden Sonntag in Köln beginnende siebente Kongreß der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands stehen. In den Pfingsttagen des Jahres 1899 traten die Vertreter der damals noch isolierten, meistens lokalen christlichen Berufsvereine in Mainz zum ersten Kongreß zusammen, um das Fundament für eine zentrale christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu legen und die Ecksteine für den kommenden Bau aufzurichten.

Als Fundament unserer Bewegung wurde die christliche Weltanschauung und Lebensauffassung zu Grunde gelegt, im bewußten Gegensatz zur materialistisch-sozialistischen Richtung, die dem Christentum Kampf bis aufs Messer angelagt und sämtliche Arbeiter für ihre neuzeitlichen Ideen reklamierte. Der erste Eckstein des Gebäudes heißt: Wirksame Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung; der zweite: Interkonfessioneller Charakter; der dritte: Unpolitisch, d. h. neutral allen parteipolitischen bürgerlichen Gruppierungen gegenüber; der vierte endlich: Königstreue und Vaterlandsliebend, wie es echten Söhnen des deutschen Vaterlandes geziemt.

Dieses in Mainz errichtete Gerüst des christlichen Gewerkschaftsbauwes wurde dann auf dem zweiten Kongreß in Frankfurt a. M. durch die Gründung des Gesamtverbandes überdacht und ist im Laufe der Jahre Schritt für Schritt ergänzt und vervollständigt worden.

Was damals in Mainz geschaffen wurde, hat Bestand gehabt und alle Stürme überdauert. Mit jugendfrischem Idealismus, zäher Ausdauer und bewundernswürdiger Opferwilligkeit haben die christlichen Arbeiter auf dem vor zehn Jahren gelegten Grundstein weiter aufgebaut. Sie haben sich weder durch den Druck des Kapitalismus noch durch den gehässigen Kampf der gegnerischen Richtungen in der Arbeiterbewegung, auch nicht durch bedauerliche Gegenströmungen im eigenen Lager, in ihrer opferreichen und mühevollen Tätigkeit ihre machen und aufhalten lassen. Ihr unermüdliches Streben ist nicht vergebens, reiche Erfolge sind ihm beschieden gewesen. Heute, nach dem ersten Dezennium, blicken die christlichen Berufsvereinigungen mit berechtigter Genugtuung auf eine Mitgliederzahl von 340 000, eine Jahreseinnahme von 4 1/2 Millionen Mark und eine Ausgabe von 3 1/2 Millionen, bei einem vorhandenen Gesamtvermögen von 4 1/2 Millionen Mark.

Das ist aber nur der äußere materielle Erfolg; viel wichtiger sind die idealen Errungenschaften, die auf dem festen Fundament der christlichen Weltanschauung ausgelöst wurden. Die christlichen Arbeiterorganisationen haben in ihrer zehnjährigen Praxis den unbestreitbaren Beweis erbracht, daß das Christentum kein Hemmschuh, sondern im Gegenteil der fruchtbarste Resonanzboden für eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen ist. Welche Bedeutung das für die geistige und kulturelle Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes haben muß, wird die Nachwelt erst im vollen Umfang würdigen können.

Aber nicht nur für Deutschland allein, sondern auch über die schwarz-weiß-roten Grenzstränge hin-

aus hat unsere Bewegung ihre Wellen geschlagen. Das Beispiel der reichsdeutschen christlichen Arbeiter-schaft hat die Gesinnungsgenossen in andern europäischen Industriestaaten aufgerüttelt und angespornt, unsern Bahnen zu folgen. In Oesterreich, der Schweiz, in Italien, Frankreich, Belgien und Holland können wir heute christlich organisierten Kollegen die Bruderhand reichen, und Vertreter dieser Gruppen werden jedenfalls auf dem bevorstehenden Kongreß in Köln erscheinen und ihre Siedergemeinschaft dadurch zum Ausdruck bringen.

Die jährlichen Verhandlungsgegenstände des Kongresses dürften der allgemeinen öffentlichen Beachtung wie der ganz besonderen Aufmerksamkeit der christlichen Arbeiterschaft sicher sein. Es sind sehr wichtige prinzipielle Punkte und aktuelle Tagesfragen, die zur Verhandlung kommen. Zunächst der Bericht des Gesamtverbandesvorstandes, dann die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur allgemeinen christlich-nationalen Arbeiterbewegung; ferner Reichsversicherungsordnung und Arbeiterschutz. Als Einleitung des Kongresses und gleichzeitige zehnjährige Gedenkfeier wird am Sonntag den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, im großen städtischen Gürzenichsaale eine große Demonstrationsversammlung stattfinden, in der folgende Redner sprechen werden: 1. Generalsekretär Stegerwald über: Zehn Jahre Christliche Gewerkschaften; 2. Staatsminister Frhr. v. Berlepsch über: Gesetzliche Sozialreform und berufsgenossenschaftliche Selbsthilfe als notwendige Voraussetzungen sozialen und kulturellen Fortschrittes; 3. Prof. Dr. Hitze über: Der Arbeiterstand in seinem Verhältnis zum Volksganzen. An den folgenden Tagen werden dann die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen. Hoffen wir, daß sie einen befriedigenden, für unsere Bewegung segensreichen Verlauf nehmen. In diesem Sinne allen Delegierten und Gästen ein herzliches, frohes

Willkommen in Rheinlands Metropole Colonial

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Die Gesundheit und innere Festigung der christlichen Gewerkschaften kommt in ihrer Finanzgebarung am deutlichsten zum Ausdruck. Trotz Krise und etwas verminderter Mitgliederzahl haben sich ihre Einnahmen gegenüber dem Vorjahre nicht vermindert, sondern weisen noch eine Steigerung auf, was aus folgendem Bild hervorgeht. Es betragen:

Jahr	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Kassenbestand Mk.
1904	894 517	711 670	690 374
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409

Die Einnahmen stiegen somit von 4 311 495 auf 4 394 745 Mk., die Ausgaben von 3 193 978 auf 3 556 224 Mk., während der Kassenbestand sich von 3 487 735 auf 4 513 409 Mk. oder um 1 025 674 Mk. erhöhte. In den beiden letzten Jahren haben die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände ihr Vermögen rund verdoppelt. Das zeugt von einer gesunden Finanzgebarung und davon, daß die christlichen Gewerkschaften den in der Zukunft an sie heranreitenden Stürmen und Kämpfen nicht sorglos gegenüberstehen, sondern beizeiten sich vorzubereiten suchen. — Gesamteinnahmen und Ausgaben wie Kassenbestand der ein-

zelnen Verbände werden durch folgende Zusammenstellung veranschaulicht:

Organisation	Gesamteinnahme Mk.	Gesamtausgabe Mk.	Kassenbestand am 31. Dez. 1908 Mk.
Bergarbeiter	1 147 837	900 545	1 194 962
Textilarbeiter	557 724	455 484	478 266
Bauhandwerker u. Bauhilfsarb.	884 889	558 810	588 090
Bayerische Eisenbahner	285 507	168 242	592 718
Metallarbeiter	874 376	546 662	712 610
Staats-, Gem., Verkehrs-Verb.	220 536	244 970	42 631
Holzarbeiter	303 225	239 108	240 902
Heimarbeiterinnen	22 554	18 286	21 825
Tabakarbeiter	70 513	40 484	56 838
Keramarbeiter	67 002	79 736	21 699
Lebendarbeiter	71 877	57 616	84 683
Schneider	50 562	45 189	19 852
Maler	47 467	38 615	20 888
Gutenbergsbund	119 220	37 529	220 372
Telegraphenarbeiter	80 528	26 998	6 049
Graphisches Gewerbe	21 243	19 065	14 625
Krankenspieler	8 528	7 281	1 664
Steinarbeiter Wagn.	6 906	8 633	3 273
Nahrungsmittelindustrie-Verb.	11 562	10 420	3 746
Gärtner	12 277	12 908	2 318
Deutsche Eisenbahn- u. Verb.	—	—	—
Bayerische Salinenarbeiter	—	—	—
Zusammen	4 394 745	3 556 224	4 513 409

In runden Summen eine Gesamteinnahme von 4,4 Millionen und eine Ausgabe von 3 1/2 Millionen, gleichzeitig auch ein Kassenbestand von 4 1/2 Millionen Mark, das sind Summen, die eine erhebliche Macht im Wirtschaftsleben darstellen und dem Opfergeist der christlich organisierten Arbeiter zur Ehre gereichen. — Die wichtigsten Posten in Einnahmen und Ausgaben der beiden letzten Berichtsjahre sind aus folgenden Endzahlen zu ersehen:

	Einnahmen:	
	1908 Mk.	1907 Mk.
Aufnahmegebühr	37 287	53 068
Beiträge	4 006 233	3 850 527
Extrabeiträge	68 344	198 215
Sonstige Einnahmen	271 319	204 895
Zusammen	4 394 745	4 106 705
	Ausgaben:	
	1908 Mk.	1907 Mk.
Verbandsorgan	405 407	361 711
Agitation	362 452	355 155
Streik- und Gemäßregelungs-Unterstützung	424 992	743 270
Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung	134 453	51 734
Krankengeld	514 284	443 035
Sterbegeld	170 639	99 284
Rechtsschutz	128 091	81 442
Sonstige Unterstützungen	28 926	32 974
Gehälter	102 917	96 545
Verwaltungsausgaben	155 515	143 591
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	37 400	25 618
Beitrag an den Gesamtverband	45 174	45 137
Anteil der Sozialkassen	795 441	623 114
Sonstige Ausgaben	240 104	—
Zusammen	3 556 224	3 193 978

Eine wesentliche Verringerung gegenüber dem Vorjahre weist nur der Posten „Streikunterstützung“ auf. Dagegen mußten für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und Sterbegeld, sowie Rechtsschutz nahezu 270 000 Mk. mehr wie im vorausgegangen Jahre aufgewandt werden. Die genannten Unterstützungsweige werden in den folgenden Jahren weiter erhöhte Aufwendungen erfordern, weil die einzelnen Verbände unausgesetzt an dem Ausbau des Unterstützungsweises arbeiten und die Zahl der nach Ueberstehung der Karenzzeit bezugsberechtigten Mitglieder sich naturgemäß stets vermehrt. An Unterstützungen wurden verausgabt:

Jahr	Industrie	Streck- und Gewerkschaften-Unterstützung	Sonstige Unterstützungen
1904	211 215	133 362	77 863
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 740	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393

Die Streckunterstützung ist in den letzten vier Jahren stets zurückgegangen. Der hohe in 1905 aufgewendete Betrag war allerdings auch ein anormaler. Er ist zurückzuführen auf den damaligen großen Ruhrbergarbeiterstreik. In den Jahren 1906/07 endeten ausnahmsweise viele Bewegungen mit friedlichen Verständigungen, während 1908 den Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisationen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen ungünstigen Verhältnisse natürliche Schranken gesetzt waren. Die Ausgaben für die übrigen Unterstützungen weisen eine fortwährend steigende Tendenz auf und erreichten im Berichtsjahre die Höhe von rund 1 Million Mark. Das ist im Hinblick darauf, daß die christlichen Gewerkschaften erst in den letzten Jahren das Unterhaltungswesen auszubauen begonnen haben, zweifellos eine respektable Leistung.

Die Gegner versuchen diese Leistungen allerdings zu verkleinern und mit gewagten Behauptungen und allerhand Rechentrickstücken unlauteren Wettbewerbs zu betreiben. Mit solchen Agitationsmitteln wird man den christlichen Gewerkschaften auf die Dauer kaum schaden können, sagt zutreffend der Jahresbericht, um dann wörtlich fortzufahren:

Ein nicht geringer Teil der deutschen Arbeiterwelt will auch in einer wirtschaftlichen Organisation Güter höherer Ordnung, und zwar ihre religiösen und vaterländischen Ideale respektiert wissen, dafür bürgt diesen Arbeitern weder die Vergangenheit noch die gegenwärtige Praxis der sozialdemokratischen Gewerkschaften, und darin liegt die gewerkschaftliche Sonderbewegung der christlichen Arbeiter begründet. Und mit einem Nadel an höheren Unterstützungen kann fürwahr nicht die Art an die Wurzel der christlichen Gewerkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Gewerkschaftsaufgaben und die ureigensten Interessen der Arbeiter gesündigt werden.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der sich als der stärkste Arbeiterorganisation der Welt ausspielt, mußte in den letzten Jahren fast allen größeren Kämpfen ausweichen, weil Leere Kassen bei ihm ein ständiges Kapitel bilden. Man braucht den Streik nicht als Mittel anzuwenden und wird trotzdem an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß, um die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um die Anerkennung des Persönlichkeitswertes des Arbeiters wohl kein Gewerbe noch in solch schwere Kämpfe verwickelt werden wird, als die deutsche Metallindustrie. Und womit sollen diese ausgetragen werden? Mit radikalen Phrasen ist den Industriefürstern in der deutschen Metallindustrie nicht zu imponieren. Hier müssen, neben der Geschöpfung Massenorganisationen der Metallarbeiter mit eiserner Selbstsucht, straffer Disziplin und gefüllten Organisationskassen ergänzend einsehen. Einstweilen stellt der sozialdemokratische Metallarbeiterverband lediglich eine Massenorganisation dar; alle übrigen Vorbedingungen fehlen ihm noch gänzlich.

Anstatt die derzeitige Wirtschaftskrise zur Sammlung und inneren Konsolidation für die bevorstehenden großen Aufgaben auszunützen, arbeitete der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in 1908 mit einem Defizit von über 600 000 M. Und das Unglaubliche an der Sache ist, daß die sozialdemokratische Presse diese Wirtschaft gegenüber dem christlichen Metallarbeiterverband, der in der gleichen Periode seinen Vermögensbestand um 127 000 M. steigerte, noch kräftig verteidigt und letzteren herunterzureißen sucht. Ueber die künftige Gestaltung der Dinge und die Ermägungen, die der Gewerkschaftspraktiker in Rechnung zu stellen hat, hat sich allerdings die sozialdemokratische Parteipresse noch nie viel Kopfschmerzen gemacht.

Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

In einem Jahr der Krise wie 1908 sind bei praktischen positiven Gewerkschaftsarbeiten erhebliche Schranken gezogen. Manche an sich äußerst notwendige und durchaus berechnete Forderungen muß zurückgestellt und der Hauptnachdruck auf die Abwehr von Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis gelegt werden. Trotzdem haben die christlichen Gewerkschaften auch im Berichtsjahre noch ganz erhebliche Erfolge aufzuweisen, wie der Jahresbericht bezeugt. Es wird über insgesamt 683 Bewegungen mit 43 238 beteiligten Personen berichtet, gegenüber 1089 Bewegungen und 59 718 Personen im Jahre vorher. Bei 191 Bewegungen (28 im Vorjahr) kam es zu Streiks, an denen 6809 Mitglieder (gegen 17 171 im Jahre vorher) beteiligt waren. Es sind primär 492 Bewegungen = 72 Prozent mit 36 429 Beteiligten friedlich verlaufen. Auf die einzelnen Verbände verteilen sich die Bewegungen und Beteiligten ungefähr wie folgt:

Organisation	Anzahl	Beteiligte Personen
Textilarbeiter	134	4 579
Bauhändler und Bauhilfsarbeiter	140	25 585
Metallarbeiter	105	2 152
Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter	89	4 388
Holzarbeiter	78	2 355
Tabakarbeiter	19	429
Keramarbeiter	39	1 245
Leberarbeiter	25	656
Schneider	21	882
Malter	2	642
Güterbergbau	5	—
Graphische Gewerbe	8	325
Gesamt	658	43 238

Eine Gegenüberstellung der verschiedenen Arten der geführten Kämpfe ergibt für die zwei letzten Jahre folgendes Bild:

	Anzahl		Beteiligte Personen	
	1908	1907	1908	1907
Angriffstreiks	82	189	2942	7794
Abwehrstreiks	81	35	2437	2157
Aussperrungen	28	67	1480	7220

Die Zahl der Angriffstreiks und Aussperrungen ist sehr aus den mehrfach erörterten Gründen, in 1908 zurückgegangen, während die Zahl der Abwehrstreiks sich bedeutend vermehrt hat. Es mußte um bestehendes zu erhalten 81 mal der Ausstand angewandt werden gegenüber 35 mal im Vorjahre, Bewegungen und Streiks wurden allein geführt in 299, mit anderen Organisationen in 384 Fällen, während in 359 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten christlichen Organisationen angehörten. Die Ursachen der Streiks und Aussperrungen waren:

	Anzahl der Fälle	
	1908	1907
Höhere Lohnforderungen	42	126
Arbeitszeitverkürzungen	1	96
Höhere Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen	37	8
Abwehr gegen Verschlechterungen	36	26
Sonstige Ursachen	25	35

In diesen Vergleichsziffern spiegeln sich die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahres wieder. Nur ein einziges Mal wurde um Arbeitszeitverkürzung in den Ausstand getreten. Dagegen ist die Zahl der Ausstände gegen die Abwehr von Verschlechterungen von 26 auf 86 gestiegen. Ueber den Ausgang der Streiks und Aussperrungen gibt folgende Tabelle Auskunft. Danach verlaufen:

	erfolgreich teilw. erfolgr.		erfolglos	
	1908	1907	1908	1907
Angriffstreiks	33	71	30	76
Abwehrstreiks	28	11	31	18
Aussperrungen	3	26	8	25

Aus diesen Ziffern erhellt, daß im Jahre 1908 mit Streiks sehr zurückgehalten wurde und die christliche Gewerkschaftsbewegung gut daran tat. Die Zahl der erfolglos verlaufenen Abwehrstreiks und Aussperrungen ist größer als in dem vorausgegangenen Jahre. Immerhin konnte noch der größte Teil der Angriffs- und Abwehrstreiks mit vollem und teilweise Erfolg für die Beteiligten durchgeführt werden. Tarifverträge wurden in 1908 neu abgeschlossen 244, während die christlichen Gewerkschaften insgesamt an 661 Tarifverträgen beteiligt sind.

Ueber die erzielten Erfolge, soweit sie sich in Ziffern, ohne daß man sich in außerordentliche Einzelheiten verlieren muß, darstellen lassen, orientiert folgende Uebersicht. Es wurden erzielt:

Berufe	Für Mitglieder	Lohnerhöhung pro Woche
Textilarbeiter	2 762	1,00—4,00 M
Bauhändler und Bauhilfsarbeiter	10 141	0,30—6,60 "
Metallarbeiter	1 059	0,60—3,00 "
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-Arbeiter	6 458 ¹⁾	1,00—7,50 "
Holzarbeiter	1 723	1,08—2,40 "
Keramarbeiter	1 166	0,30—3,00 "
Leberarbeiter	857	1,00—4,00 "
Schneider	1 073	1,50—4,50 "
Malter	792	0,57—3,00 "
Graphische Gewerbe	215	1,50—3,50 "

Berufe	Für Mitglieder	Arbeitszeitverkürzung pro Woche
Textilarbeiter	936	1 1/2—6 Stund.
Bauhändler und Bauhilfsarbeiter	700	3—6 "
Metallarbeiter	186	1 1/2—6 "
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-Arbeiter	373	1/2—6 "
Holzarbeiter	572	1—6 "
Keramarbeiter	595	—
Leberarbeiter	184	3—9 "
Schneider	224	1 1/2—3 "
Malter	—	—
Graphisches Gewerbe	90	3

¹⁾ Darunter etwa 3000 Staatsarbeiter.

Dazu kommen noch eine Anzahl Verschlechterungen, die insbesondere bei Textilarbeitern, Metallarbeitern und Keramarbeitern mit Erfolg abgewehrt konnten. Die Textilarbeiter waren während des ganzen Jahres

in Abwehrstellung gedrängt und konnten in vielen Fällen sich der ihnen zugebachten Lohnabzüge ganz oder wenigstens teilweise erwehren. Die Metallarbeiter haben für etwa 900 Mitglieder Lohnabzüge von 5 bis 40 Prozent ganz oder wenigstens um ein beträchtliches zurückzuweisen vermocht. Bei den Keramarbeitern scheiterte an deren geschlossenem Widerstand für etwa 250 Mitglieder die ihnen zugebachte Sonntagsarbeit sowie schlechtere Behandlung, wie die Mitglieder auch in mehreren Fällen Arbeiterentlassungen infolge Betriebsbeschränkungen verhinderten, indem die Gesamtbelegschaft sich mit verminderter Arbeitszeit begnügte.

Es ist also trotz der schlechten Konjunktur nicht vergebens gearbeitet worden. Die direkten wie indirekten rein wirtschaftlichen Erfolge haben die aufgebauenden Opfer hinlänglich gelohnt. Sie müssen es den organisierten und noch mehr den bisher noch fernstehenden christlich gesinnten Arbeitern zeigen, welchen Rückhalt sie in den christlichen Gewerkschaften finden.

Mit berechtigter Genugtuung dürfen die christlich organisierten Arbeiter auf die Entwicklung wie auf die praktische Arbeit und erzielten Erfolge ihrer Organisationen im vergangenen Jahre zurückblicken. Dabei wollen und dürfen wir aber nicht vergessen, daß wir nach dem ersten Jahrzehnt christlicher Gewerkschaftsarbeit erst eine kurze Strecke auf dem Weg zu unsern gesteckten Zielen zurückgelegt, daß wir in der Zukunft noch die meiste Arbeit zu bewältigen haben. Ganz besonders trifft dies für unsere Metallarbeiter zu. Dreiviertel Millionen unserer Berufsgenossen stehen noch abseits der Organisation, sie müssen für unsere Idee gewonnen, in unsere Kämpferschar eingereicht werden. Und wie viel praktische Organisationsarbeit muß noch geleistet werden, ehe allen Metallarbeitern ein erträgliches Dasein geschaffen ist. Daher, so schließen wir mit dem Jahresberichte im Zentralblatt, bleibt vor wie nach die Parole: energische, zielbewusste Arbeit, Entfaltung eines edlen Kampfergeistes, Sammlung weiterer Armeekorps für die große und gerechte Sache der christlichen Arbeiterwelt!

Zahnpflege, Munde und Krankenkassen.

In einem vorausgegangenen Artikel ist auf die Bedeutung der Zahnpflege für die Gewerkschafter im besonderen und für die Volksgesundheit im allgemeinen hingewiesen und verlangt worden, den Erkrankungen möchte mehr wie bisher Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei wurde betont, daß Zahnerkrankungen vielfach als Berufserkrankungen anzusehen seien und andere gefährliche Krankheiten im Gefolge haben können. Ist dem so, dann haben insbesondere die Krankenkassen allen Grund, Zahnerkrankungen als Volkskrankheit anzusehen, und sie haben die Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um diese Krankheit und ihre Folgen zu bekämpfen und zu beseitigen. Aber da fehlt es noch weit. Viele Kassen gewähren bei Zahnerkrankungen überhaupt keine Hilfe, andere nur Extraktionen, d. h. sie bezahlen das Ausziehen von Zähnen. Füllungen und Erjah wird zwar von einer Anzahl von Kassen gewährt, sofern der Kassenarzt bescheinigt, daß dies zur Wiedererlangung der Gesundheit oder der Erwerbsfähigkeit notwendig ist. Außerdem wird verschiedentlich verlangt, daß bei Plombierungen und Zahnerkrankungen die Zustimmung des Kassenvorstandes eingeholt wird. Dem unheimlichsten Zahnkranken wird es also außerordentlich schwer gemacht, Kassenhilfe zur Bekämpfung seiner Krankheit oder deren unmittelbaren Folgen zu erhalten. Die verschiedenartigen Vorschriften und Bedingungen der Kassen bei etwaiger Hilfe zeigen aber auch, wie unklar und verworren die ganze Frage der Zahnbehandlung noch ist, daß die Bedeutung der Zähne für die Gesundheit des einzelnen vielfach verkannt wird. Bei Beratung der neuen Reichsversicherungsordnung wird darauf gedrungen, werden müssen, daß unter den Begriff „Krankheit“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes auch Zahnerkrankungen fallen und so der Weg frei gemacht wird für eine richtige Zahnbehandlung von Kassenwegen.

Dabei werden dann auch Zahnärzte und Zahntechniker etwas mehr zur Geltung kommen müssen. Die Stellung, welche den Zahnheilkundigen bei Behandlung der Zähne der Kassenmitglieder angewiesen ist, ist eine untergeordnete und unselbstständige. Sie dürfen zumeist erst dann die Behandlung eines Zahnkranken aufnehmen, wenn dies vom approbierten Kassenarzt angeordnet wird. Die Kassenmitglieder haben nach der bisherigen Praxis keinen unbedingten Anspruch auf Behandlung durch einen approbierten Zahnarzt. Die Entscheidung darüber steht dem Kassenarzt bzw. den hierzu berufenen Kassenorganen zu. So ist im Verwaltungsstreitverfahren schon entschieden worden. In Baden hat ein Bezirksamt als Aufsichtsbehörde einer Ortskrankenkasse die Auflage gemacht, ihre Mitglieder auf deren Verlangen durch den Zahnarzt behandeln zu lassen. Diese Aufsichtsbehörde vertrat dabei den Standpunkt, die Kasse dürfe einen Versicherten, der zahnärztliche Behandlung verlange, nicht an einen praktischen Arzt, auch nicht an einen Zahntechniker ver-

weisen. Der babilische Verwaltungsgerichtshof entschied unterm 22. 5. 1906 gegen diese Auffassung. Unter „freier ärztlicher Behandlung“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes sei die Behandlung durch einen approbierten Arzt zu verstehen. Die Krankenkassen genügen der ihnen obliegenden Verpflichtung, wenn sie die erforderliche Anzahl von Ärzten mit allgemeiner Approbation zur Verfügung stellen. Diese Approbation umfasse das ganze Gebiet der medizinischen Wissenschaft, einschließlich aller Spezialgebiete, die Zahnheilkunde nicht ausgenommen. Dadurch sei der Kassenarzt imstande, auch Zahnkranken entsprechend zu behandeln.

Nach diesen grundsätzlichen Darlegungen gab der Verwaltungsgerichtshof jedoch zu, daß Spezialisten zufolge besonderer Studien und spezieller Beschäftigung ein besonderes Wissen, besondere Erfahrungen und eine besondere Übung sich anzueignen in der Lage seien und sagte dann: Diesen Tatsachen werden auch die Krankenkassen Rechnung tragen müssen. Man also auch die Behandlung durch approbierte Ärzte schlechthin als Regel genügen, so ist es doch Pflicht der Krankenkassen, da, wo die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles die Behandlung durch den Kassenarzt als ungenügend und die Behandlung durch einen Spezialisten als notwendig erscheinen lassen, diese Spezialbehandlung eintreten zu lassen; es gilt dieser Grundsatz, wie für die übrigen Spezialgebiete der Medizin, so auch für dasjenige der Zahnheilkunde.

Diese Darlegungen möchten wir erweitern dahingehend, daß nicht nur da, wo besondere Verhältnisse dies bedingen, sondern allgemein Spezialisten zu konsultieren den Versicherten freisteht. Hinsichtlich der Zahnärzte scheint die neue Versicherungsordnung diesem Wunsche entgegenzukommen, wo sie von Ärzten spricht, wird auch meistens der Zahnärzte gedacht: Die Sachung kann die Kassenorgane ermächtigen, wegen Gewährung der ärztlichen Behandlung... mit bestimmten Ärzten, Zahnärzten... Verträge zu schließen. Dann: Die Beziehungen zwischen der Kasse und den zugelassenen Ärzten und Zahnärzten sind von der Kasse und diesen Ärzten zu vereinbaren. In der Abrechnung zum Gesandtenurteil ist gesagt: „Auch die Behandlung von Zahnkranken wird für den Regelfall den approbierten Ärzten und Zahnärzten vorbehalten. Nur wird der Kreis der zulässigen Ausnahmen etwas weiter gezogen, weil die vorhandenen Zahnärzte örtlich noch ungleich verteilt sind, als die Ärzte, auch bei Zahnleiden der Umfang derjenigen Operationen verhältnismäßig größer ist, welche ein vornehmlich technisches Können voraussetzen.“

Trotzdem die Zahnbehandlung, wie hier zu gestanden wird, durch technisch gebildete Helfkräfte in entsprechender Weise erfolgen kann, sollen die Zahnärzte grundsätzlich von der Behandlung zahnkranker Kassenmitglieder ausgeschlossen werden. Das versiehe wer kann!

Eine große Anzahl von Ärzten befaßt sich mit Zahnkrankheiten oder Zahnbehandlung überhaupt nicht oder gar nicht gerne. Die Zahl der Zahnärzte aber ist im Verhältnis zur Bevölkerung und zu der Zahl der Zahnerkrankungen so gering, sie sind so ungleichmäßig im Lande verteilt, daß die im Interesse der Volksgesundheit so sehr erwünschte Bekämpfung der Zahnkrankheiten durch sie nur im geringen Umfange möglich ist. Das wird von Zahnärzten zugegeben. Hermann Kummel, Berlin, schlägt z. B. angesichts dieser Verhältnisse vor, die Ausübung von Zahnärztlichen Geschäften Zahnärzten zu übertragen. Die vorhandenen Zahnärzte sind nämlich gar nicht imstande, den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. Das zeigt die Statistik.

Ähnliche Erhebungen über die Verbreitung des Spezialpersonals im deutschen Reich haben am 1. April 1898 stattgefunden. Damals gab es insgesamt 24 725 approbierte Ärzte, 4,1 Arzt auf 10 000 Einwohner. Die Zahl der approbierten Zahnärzte stellte sich auf 1299, von denen allein 636 in den 28 Großstädten des Reichs lebten. Auf 68 000 Einwohner traf erst ein Zahnarzt. Zahnärzte wurden gezählt: 3753 selbstständige und 623 unselbstständige, darunter im ganzen 130 weibliche.

Im Gegensatz zu den Zahnärzten, die sich in den Großstädten konzentrierten, verteilten sich die Zahnärzte mehr über das ganze Reich. Auf einen Zahnarzt in der Großstadt kamen 1,6 Zahnärzte; in den Orten mit 40 bis 100 000 Einwohnern 1,8, in solchen mit weniger als 40 000 Einwohnern 5,8 und mit weniger als 5000 Einwohnern sogar 32,2.

Den Mitteilungen über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates 1905 ist zu entnehmen, daß auf 10 000 Einwohner 5,12 Ärzte entfielen, das ist auf 1951 Einwohner ein Arzt. Die Zahl der Ärzte überhaupt betrug 18 841 (1908 19 130). Die Zahl der Zahnärzte war viel geringer, 1413 im ganzen. Auf mehr als 26 000 Einwohner trifft also nur ein Zahnarzt. Die Zahl der Zahnärzte ist nicht angegeben. In Bayern gibt es 175 approbierte Zahnärzte bei 3467 Ärzten. Es kommen also mehr als 37 000 Personen auf einen Zahnarzt, sofern man die Bevölkerung des ganzen Landes in Betracht zieht. In den Städten wohnen nämlich die meisten, 162 Zahnärzte, die Hälfte davon in München. Die kleineren Städte und das flache Land haben fast

gar keine Zahnärzte aufzuweisen. Es liegt deshalb im Volksinteresse, wenn sich Zahntechniker, etwa 500 an Zahl, dies zu Nutzen gemacht und sich über das ganze Land verbreitet haben. Die Ausschließung dieser Zahntechniker ist also, auch im Hinblick auf die Ausdehnung der Versicherungspflicht weder durchführbar noch wünschenswert, wie auch der diesjährige Krankenkassentag in einer Resolution betont hat.

Konferenz des Agitationsbezirks Württemberg.

(Schluß)

Die Bezirkskasse balanziert in Einnahmen und Ausgaben folgendermaßen:

Einnahmen:	
Bestand	49,41 Mk.
1. Quartal 1908	1283,46 "
2. Quartal 1908	1114,92 "
3. Quartal 1908	1161,82 "
4. Quartal 1908	1247,22 "
Summa	4856,83 Mk.
Ausgaben:	
Gehalt des Bezirksleiters	1500,— Mk.
Büromiete	123,75 "
Fahrtgeld	470,10 "
Speisen	672,80 "
Licht und Heizung	54,25 "
Telefon und Porto	197,75 "
Zeitungsubskription	94,77 "
Bücher und Lektüre	162,15 "
Druckarbeiten, Inserate etc.	221,10 "
Aushilfe i. d. Agitation	330,65 "
Büromöbel, Umzug usw.	208,38 "
Summa	4275 Mk.
Ab schluß.	
Einnahmen	4856,83 Mk.
Ausgaben	4275,70 "
Bestand	581,13 Mk.

Das Verhältnis den übrigen Gewerkschaftsrichtungen gegenüber ist in Bezug auf den sozialdemokratischen Verband ein äußerst gespanntes, was kaum anders zu erwarten ist angesichts der Tatsache, daß an der Spitze der gegnerischen Bezirksleitung ein Mann steht, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, die ihm auf den Tod verhasste christliche Organisation zu vernichten. Kein Mittel wird zur Erreichung dieses Zweckes gespart, sei es öffentlicher oder versteckter Arbeiterverrat, sei es, daß man die eigenen Mitglieder dahin erzieht, daß sie die christlichen Nebenkollegen aus den Arbeitsstellen verdrängen. Jenes Ziel vermochte der Gegner trotz und alledem nicht zu erreichen, wohl jedoch das Gegenteil, das der ruhig und nüchtern denkende Arbeiter sich mit Edel von einer solchen Agitation angewidert fühlt, die, um einen gegnerischen Verband zu vernichten, mit den Arbeiterinteressen Schindluder treibt.

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften entfalten unterdessen in den evangelischen Arbeitervereinen eine stille Wühlarbeit, welche ihnen nicht verwehrt ist in Anbetracht der unberechenbaren Haltung der evangelischen Arbeitervereine in Württemberg. Einen wesentlichen Schaden vermögen und die Hirsch-Duncker durch diese ihre Maulwurfsarbeit nicht zuzufügen, da nur ein kleines Häuflein wirklicher Arbeiter in Frage kommen in jenen Vereinen. Die geistlichen Vereine, soweit von denselben in Württemberg gesprochen werden kann, spielen eine wesentliche Rolle nur in Geislingen, mo' seitens der Metallwarenfabrik das denkbarste unternommen wird, um durch Wohlfahrtsvereinigungen jede freie Bewegung der Arbeiter im Keime zu ersticken. Wenn es nun all den Feinden und Schwierigkeiten zum Trotz im verflochtenen Berichtsjahr einen erfreulichen Schritt vorwärts ging, dank der opferfreudigen und unermüdeten Mitarbeit einer großen Zahl Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, so muß das familiären Kollegen ein Ansporn sein, auf dem betretenen Pfad weiter zu schreiben. Nicht Kleinmut oder Verzagtsein sollen uns niederdrücken, unentwegt und unverbroffen gilt es auf das gemeinsame Ziel zu steuern für die Kräftigung und Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. — Soviel aus dem vorliegenden Tätigkeitsbericht.

Die dem Bericht folgende Debatte förderte Dinge wenig erfreulicher Art über das Verhalten konfessioneller Arbeitervereinsmitglieder gegenüber dem Verband zutage, dann aber auch Lichtpunkte, welche ergeben, daß dort, wo die gemeinsamen Aufgaben richtig erfaßt werden, Einmütigkeit und erfolgreiches Arbeiten ermöglicht ist. In den Nachmittagsverhandlungen wurden Fragen mehr interner Natur behandelt und erledigt, die dem Kollegen Wieber wiederholt Veranlassung gaben, den Standpunkt der Zentrale mit gewohnter Sachkenntnis klarzulegen. Kollege Raschke verbreitete sich über die Arbeiten der Ortsverwaltungen. Wenn auch im Bezirk fast durchgängig gut gearbeitet werde, so könne die Mahnung, noch eifriger zu arbeiten, doch nicht schaden. Grundsatz müsse sein und bleiben, Ordnung zu halten. Wo diese herrsche, sei die gewiß mühevoll und opferreiche Arbeit der Verwaltungsmitglieder schon halb getan.

Die lebhafteste Zustimmung, welche die Kollegen diesen Ausführungen spendeten, waren die, daß mit der Erörterung jener Fragen das Richtige getroffen war.

Kollege Wieber zog das Resümee aus diesen Verhandlungen, dabei Winke gebend für unsere zukünftige Arbeiten in der Agitation und der Kritik. Besonders tabelte derselbe die in einigen Orten zutage tretende überspannten Unterstüßungsansprüche. Es sei ein Grundfehler, wenn unsere Kollegen sich von den Strömungen im gegnerischen Lager mit fortreißen lassen. Erste Grundbedingung sei überall unsere Selbstständigkeit zu wahren, ohne Rücksicht, was der zu tun oder zu lassen gedente, das Interesse des Verbandes wie der Arbeiterschaft dürfe nur allein maßgebend sein. Es müsse überall und von allen Kollegen festgehalten werden, daß eine Gewerkschaft an erster Stelle keine Unterstüßungskasse sei, sondern den Zweck habe, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, und zu erhalten. Das Unterstüßungswesen darf erst an zweiter Stelle in Betracht kommen.

Das Bestreben für einzelne Aussektage oder Feterstächten Unterstüßung zu erhalten, wie es von einzelnen Orten geschehe, ist grundsätzlich zu verurteilen, indem es den gewerkschaftlichen Charakter vollständig untergräbt und stellt auch in den meisten Fällen ein Unrecht dar gegenüber den schlechter bezahlten Arbeitern.

Gerade die Metallarbeiter haben allen Grund, für eine starke Kriegskasse zu sorgen, und nicht alles für Unterstüßungszwecke zu verpulvern, weil ihnen noch große Kämpfe bevorstehen.

Ein Beispiel, wie es nicht sein sollte, bietet die gegnerische Organisation, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband. Bei seinen großen Einnahmen von 11 Millionen hat derselbe im verflochtenen Jahre noch 660 000 Mark vom Reservefonds aufgezehrt, steht also finanziell ohnmächtig dem Unternehmertum gegenüber. Den Schaden haben die Mitglieder selbst zu tragen; was nutzt ihnen zulezt alle Unterstüßung, wenn sie im wirtschaftlichen Kampfe zur Ohnmacht verurteilt sind.

Die Kämpfe in Stettin, Mannheim usw. legen ein beredtes Zeugnis ab, wie daselbst keine Spur gewerkschaftlichen Geistes vorhanden, sondern die reine Anarchie keingerissen ist. Auf der einen Seite schreien die freien Verbändler nur nach hohen Unterstüßungen, welche zu den Beiträgen in keinem Verhältnis stehen, treiben damit Schmutzkonkurrenz — auf der anderen Seite gebärden sie sich wie wild, wenn wegen Mangel an Geldmitteln die Kämpfe abgebrochen werden müssen. Hier zeigt es sich, daß im gegnerischen Verband jede vernünftige gewerkschaftliche Schulung fehlt. Die Massen sind mit Phrasen erzogen und verbeht, damit läßt sich auf die Dauer keine gewerkschaftliche Arbeit leisten, ebenso wenig Erfolge erringen und festhalten.

Diesen Weg können unsere Mitglieder unter keinen Umständen mitmachen, das wäre der Ruin der Organisation zum Schaden der Mitglieder. Auch ein anderer Unfug muß gezeigelt werden, der mancherorts noch besteht, nämlich die Gegner in unseren Versammlungen ihre Agitation betreiben zu lassen. Man gewöhne sich doch überall daran, daß unsere Versammlungen nicht dazu da sind, dem Gegner die Agitationskosten zu sparen. Mögen die Gegner für sich die Versammlungen arrangieren und wir für uns, auch sind wir nicht dazu da, den Gegnern die Versammlungen interessant zu machen. Die Fälle, wo die Gegner unsere Redner nicht zu Wort gelassen und ihre Bemühungen aufgefordert haben, unsere Versammlungen nicht zu besuchen, sind überall dort erfolgt, wo sie sich keinen Erfolg versprechen konnten. Es ist deshalb auch Ehrensache der christlichen Arbeiter, nur an solchen Versammlungen teilzunehmen, welche von unserer Seite einberufen sind, und es ablehnen, in Versammlungen zu erscheinen, wo sie sich von den Gegnern nur beschimpfen lassen müssen. Die Weltanschauungsfragen sind heute so geklärt, daß jeder Arbeiter wissen muß, wo er hingehört.

Versammlungen, wo das Interesse der Arbeiter beraten werden soll, sind keine Kasperkettentheater, wo man hingeht, um sich zu amüsieren, oder die Zeit zu vertreiben.

Ebenso haben unsere Kollegen bei Kämpfen und Streiks, wie beim Abschluß von Tarifen überall ihre Selbstständigkeit zu bewahren und müssen es ablehnen, nur die Mitläufer zu spielen. Die Gleichberechtigung und Anerkennung unserer Organisation muß überall gefordert werden. Auch beim Abschluß von Tarifen müssen die Kollegen dafür sorgen, daß unser Verband als abschließender Kontrahent mit herangezogen und beteiligt ist, auch, wenn nur wenige Kollegen in Frage kommen. Zum Schluß spornte Redner noch zu regen einmütigen Arbeiten in der Agitation an, damit im laufenden Jahre die Folgen der Krise wieder ausgeglichen werden könnten. Hierzu möge jeder Kollege nach besten Kräften mitwirken.

Mit diesen eindrucksvollen Ausführungen des Zentralvorstehenden war die Tagesordnung der Konferenz erledigt. Nach einigen kurzweiligen Schlussbemerkungen des Vorsitzenden nebst einem begeisterten Hoch auf den Verband, fand die im Geiste der Einmütigkeit und Entschlossenheit verlaufene Konferenz nach 5 Uhr ihren Abschluß.

E. Kollekath.

Konferenz des Agitationsbezirks Duisburg.

I.

Am Sonntag den 6. Juni tagte in Duisburg unsere diesjährige Bezirkskonferenz. Außer der Beisitzerstelle waren sämtliche Ortsgruppen vertreten. Als Vertreter des Zentralverbandes wohnte der Kollege Bergmann den Verhandlungen bei. Dem vom Bezirksleiter Kollegen Franzosen erstatteten Jahres- und Tätigkeitsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Die wirtschaftliche Krise, welche schon im Jahre 1907 einsetzte, hat auch im Berichtsjahre ihre Wirkungen auf die Organisationen ausgeübt. Da besonders in der Großindustrie die Krise immer später einsetzt wie in der Kleinindustrie, in unserem Bezirk aber fast ausschließlich die erstere vorhanden ist, so haben die Arbeiter im Jahre 1908 ganz besonders durch den Druck der Verhältnisse leiden müssen. Wenn wir auch nicht wie in anderen Bezirken mit größeren Arbeiterentlassungen zu rechnen hatten, so waren es aber doch Feierschichten und Einschränkung der Produktion, die eine erhebliche Verminderung der Arbeitslöhne im Gefolge hatten.

Die Hütte Phönix (Wt. Ruhrort) legte in den meisten Betrieben wöchentlich eine, zum Teil auch zwei Feierschichten ein. Einzelne Walzenstraßen mußten zeitweise 8 und 14 Tage mit der Arbeit ausfallen. Im Thomasmert wurde die Produktion von 40 und mehr Chargen zuerst auf 35, dann auf 30, ja zeitweise auf 27 herabgesetzt. Trotzdem wurde gleich wie in der Zeit der Hochkonjunktur Montags die 14 ständige Schicht beibehalten.

Auf den Rheinischen Stahlwerken wurde regelmäßig wöchentlich für Tag- und Nachtschicht eine Feierschicht eingelegt. Als „Ersatz“ für den ausfallenden Lohn wurde von Seiten des Werkes für Beamte und Arbeiter wöchentlich ein Konzert veranstaltet. Daß die Arbeiter diese „Wohltat“ dankbar anerkannt hätten, kann nicht gesagt werden. Denn besucht wurden die Konzerte lediglich von Beamten, Meistern und besseren Bürgern von Meiderich. — In Oberhausen auf der Gutehoffnungshütte wurden außer Lohnreduzierungen auch größere Arbeiterentlassungen vorgenommen.

Auf der Friedrich-Wilhelmshütte in Mühlheim-Muhr wurde trotz der Krise mit vollkommener Sorgfalt gearbeitet. Ueberstunden und Ueberstunden, selbst Sonntags, waren gang und gäbe. — Bei der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Bruchhausen fanden keine Arbeiterentlassungen und auch keine Betriebs-einschränkungen statt, trotzdem aber Lohnreduzierungen. Ebenso in der Ableitung Zinklaken und Abteilung Sterkrabe der Gutehoffnungshütte. Die Emmericher Maschinenfabrik und die Hesselburger Eisengießerei hatten ganz besonders unter der Krise zu leiden. Auf der Eisenhütte Prinz Leopold in Empel bei Rees wurde eine ganze Zeit lang wöchentlich nur in drei Schichten gearbeitet.

Im engeren Duisburger Bezirk waren die Werke noch immer einigermaßen beschäftigt. So die Niederrheinische Hütte, Vulkan, Duisburger Hütte, Kupferhütte, Kupferwalzwerk und Friedrichs Alsbühne in Rheinhausen. Doch wurde die Krise von fast allen Werken dazu ausgenutzt, um die Löhne zu reduzieren. Die geschädigte wirtschaftliche Lage drückte wie ein Alp auf die gesamte Arbeiterschaft. Verschlimmert wurde dies im Duisburger Bezirk noch durch die Sperre der Lohnregeln seitens der Arbeitgeber. Schon jahrelang wußten die Arbeiter des Bezirks, daß die Arbeitgeber untereinander einen Vertrag abgeschlossen hatten, wonach ein Arbeiter, der nicht 4 Monate von einem der beteiligten Werke abgekehrt war, nicht angenommen werden konnte. Durch einen glücklichen Zufall gelangten wir in den Besitz des schon seit dem Jahre 1876 bestehenden Geheimvertrages. Da wir denselben zurzeit in unserem Verbandsorgan ausführlich besprochen haben, so können wir es uns versagen, an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

Neben dem Geheimvertrag haben wir denn auch eine Anzahl der von den Werken verfaßten Schwarzlisten, unter anderem von der Firma Phönix-Mühlheim, Gewerkschaft Deutscher Kaiser-Bruchhausen, Rheinische Stahlwerke-Meiderich, Hütte Phönix-Ruhrort erlangen können. Nach den schwarzen Listen des letzteren Werkes vom Jahre 1907 haben dortselbst angefangen 4156 und aufgehört 4164 Arbeiter. Im Januar 07 wurde ein Arbeiter entlassen, wovon es in dem Urteilsbrief, der hinter ihm herging, heißt: „Wegen Faulheit und Aufhebung der Mitarbeiter entlassen.“ Ebenso wurden im Mai 07 165 Arbeiter entlassen mit dem Vermerk: „nicht ordnungsgemäß.“

Daß es bei solchen Maßnahmen schwer hielt, die Kollegen bei der Stange zu halten und neue zu gewinnen, wird jeder einsehen. Wenn es trotzdem möglich war, so ist dieses nur der regsamsten Arbeit der Beamten, Vorstände und Vertrauensmänner zu verdanken.

In Anbetracht einer solchen wirtschaftlichen Lage konnten Lohnforderungen nur sehr selten geltend gemacht werden. Wir mußten uns vielmehr in der Hauptsache darauf beschränken, Verschlechterungen abzuwehren. Wegen der in den Berichtsjahren eingetretenen Krise mußten wir den Lohnarbeiten in Großindustrie die Arbeiterentlassungen ein Lohnabzug bis zu 20 Prozent einbüßen. Siedburg erwidert, liegen

die Arbeiter beider Schichten die Arbeit nieder. Es kamen 77 Arbeiter in Frage. Durch das Eingreifen unseres Verbandes wurde nach bald achtstägiger Dauer der Bewegung folgende Vereinbarung getroffen: 5 Mk. Schichtlohn für Gasstocher garantiert. Die Akkordabzüge wurden zur Hälfte zurückgezogen. Die schon im Monat vorher abgehaltenen Abzüge wurden ebenfalls zur Hälfte nachgezahlt. Maßregelungen finden keine statt. — Die Bewegung zeigt so recht deutlich den indifferenten Arbeitern den Wert der Organisation. Wäre der christliche Metallarbeiterverband nicht für die Arbeiter eingetreten, so hätte die Direktion niemals nachgegeben, und die Arbeiter hätten die schweren Abzüge sich ruhig gefallen lassen müssen.

Bei der Firma Gah und Stein wurden zu Anfang des vergangenen Jahres 7 Former, 6 Fernmacher und 3 Modellschreiber wegen Arbeitsmangel entlassen. In Wirklichkeit war es aber eine Maßregelung seitens der Firma. Bei den Verhandlungen mit der Firma war diese bereit, eventuell die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn auch die übrigen Arbeiter damit einverstanden seien. Durch das unkollegiale ablehnende Verhalten einiger älterer Former war es nicht möglich, die Bewegung erfolgreich durchzuführen.

Bei der Firma Curtius hatten sich ganze Berge von Mistständen herausgebildet. Da aber nur wenige Kollegen organisiert waren, wurden die Miststände in mehreren Betriebsversammlungen besprochen. Bis auf wenige traten dann alle Arbeiter unserem Verbands bei. Hierdurch war es uns möglich, eine Reihe von Mistständen zu beseitigen, außerdem erhielten die Plaharbeiter eine Lohnerhöhung von 25 bis 50 Pfg. pro Tag; für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurden 20 Prozent bewilligt. Die Mühlbindungen, welche durch diese Bewegung erfolgt, wurden zurückgenommen.

In der Ketten schmiede der Firma D'Hone-Duisburg wurde am 1. Oktober auf einige Ketten ein Akkordabzug von 10 Prozent gemacht. Der Abzug betraf 4 Schmiede und 1 Zuschläger. Durch das Eintreten unseres Verbandes wurde der halbe Abzug seitens der Firma zurückgezogen. Des ferneren wurde in diesem Betrieb von Oktober bis April in jedem Jahr 5 Prozent Löhnerhöhung bewilligt. Die im Sommer 1907, auch dieses wurde bei dieser Gelegenheit abgeschafft. Sodann wurde versprochen, daß, sobald die Konjunktur eine bessere würde, auch die alten Preise bezahlt werden sollen.

Im Laufe des vergangenen Herbstes wurden bei der Firma Krupp in ganz rigoroser Weise Akkord- und Lohnabzüge gemacht. Ferner war die Behandlung eine ungemein schäblich. In einer von unserem Verband am Sonntag vor Weihnachten abgehaltenen Massenversammlung wurde hierzu Stellung genommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen das Gebahren der Firma entschieden protestiert. Die Versammlung hatte schon bewirkt, daß ein Lohnabzug für die Hochofenarbeiter, welcher Montags ausgehängt werden sollte, unterblieb. Circa 60 Neuaunahmen war das Resultat für unsern Verband. Leider sehen die meisten Hüttenarbeiter die Notwendigkeit der Organisation erst dann ein, wenn ihnen das Messer an der Kehle sitzt.

Bei der Firma Krupp in Rheinhausen spielte die Pensionskassette, diese berühmte Wohlfahrtseinrichtung, auch im letzten Jahre noch eine Rolle. Eine Reihe unserer Kollegen, die teils gestuwungen, teils freiwillig diesen Betrieb verließen, klagten am Gewerbegericht auf Rückzahlung ihrer Pensionskassenbeiträge. Ende 1907 hatte die Firma es fertig gebracht, die Sache zur Berufung an das Landgericht in Kleve zu bringen. So lange das Landgericht die Sache noch nicht entschieden, urteilte das Gewerbegericht noch zugunsten der Arbeiter. Welches Interesse die Firma der Sache entgegenbrachte, ersieht man daraus, daß die Firma sich extra einen Rechtsanwalt angestellt hat als Vertreter der Firma am Gewerbegericht. Gewerkschaftsbeamte oder Arbeitersekretäre aber werden als Vertreter der Arbeiter nicht zugelassen. Die Firma Krupp kann sich aber als Vertreter einen Rechtsanwalt anstellen. Da braucht man sich dann nicht zu wundern, daß die Arbeiter dann mit ihren Klagen gewöhnlich abblühen. Das Landgericht in Kleve entschied zu ungunsten der Arbeiter. Nun urteilte auch das Gewerbegericht plötzlich anders. Was man früher für Recht erklärt, war jetzt Unrecht.

In der Hütte der Firma Thyssen wurde den Arbeitern eine Lohnreduzierung von 10 Prozent angeordnet. Hier gelang es unserem Verbands, durch sein Eintreten die Lohnreduzierung auf 5 Prozent zu ermäßigen, ebenso wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verringert. Hierdurch wurde für 50 Arbeiter in einer Woche die Arbeitszeit um 300 Stunden oder 30 Arbeitstage verkürzt, wodurch Entlassungen oder Feierschichten vermieden wurden. — In der Kunst- und Buchschloßerei Molitor in Hamborn war es uns möglich, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen (von 11½ auf 10½), ebenso eine Reihe von Mistständen zu beseitigen.

Auf der Hütte Phönix zu Ruhrort wurden den Arbeitern des Martin-Werkes noch kurz vor Jahres-schluss nochmals die Löhne reduziert. Das Vorstelligwerden einer Kommission war erfolglos. — In Emmerich auf der Eisengießerei und Maschinenfabrik

von van Ginhorn hat man die Krise dazu benutzt, führende organisierte Kollegen zu entlassen, angeblich weil Arbeitsmangel herrschte. Hierzu brauchte man aber doch nicht die ältesten Arbeiter zu nehmen. Man scheute sich auch garnicht, den Arbeitern zu sagen, daß die Krise ausgeglichen werden müsse, im Jahre 1906 hätten die Arbeiter ja auch die Hochkonjunktur für sich ausgenutzt. Also hier gesteht man es ein, daß man es den Arbeitern nur widervergelte, weil sie 1906 durch einen Streik ihre Hungerlöhne aufgebeßert hatten.

Von den 9 Bewegungen wurden 7 von unserem Verbands allein, und je eine mit dem Sozialdemokratischen und eine mit dem Gewerbeverein Siedburg zusammen geführt.

Sind die Erfolge auch nicht befriedigend für uns, so ist aus denselben doch zu ersehen, daß überall dort, wo die Arbeiter organisiert sind, sie sich nicht alles und jedes gefallen lassen müssen. Manches könnte freilich noch besser sein, ganz besonders in der Großindustrie, wenn hier die Kollegen einmal ihre Gleichgültigkeit und lethargie ablegen und vor den geringen Beiträgen, die ihnen doch wieder zugute kommen, nicht zurückschrecken würden.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Die bayerischen Metallindustriellen und der Arbeitsnachweis.

In Nr. 27 dieser Zeitung wurde berichtet, daß der Verband der bayerischen Metallindustriellen einen obligatorischen Arbeitsnachweis für alle Betriebe, die dem Verbands angehören, einrichten will. Nach genauer Prüfung der Art und Weise, wie dieser Arbeitsnachweis eingerichtet und mit welchen Mitteln er arbeiten soll, kann man dem Artikelschreiber nur zustimmen, wenn er sagt, daß der Arbeitsnachweis des bayerischen Metallindustriellenverbandes weniger der Arbeitsvermittlung dienen soll, sondern als wirkliches Kontroll- und Maßregelungsbüro vornehmlich dazu bestimmt ist, das Schicksal der schwarzen Listen in die Form des Arbeitsnachweises zu kleiden.

Die bayerischen Metallindustriellen sind auf dem Gebiete der Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisationen stets erfindereich gewesen und es gibt kein Mittel, das sie nicht angewendet hätten, um die den Arbeitern gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit zu beschneiden. Durch jede Koalition, d. h. soweit, als dabei Leute in Betracht kommen, die nicht Unternehmer sind, fühlen sie sich in ihren heiligsten Gütern bedroht und noch vor kaum drei Monaten hat der streng vertrauliche Zirkular betr. Errichtung des Arbeitsnachweises unterschrieben hat, in Frankfurt auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform ausgeführt, daß die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten sich nicht mit den Interessen von Handel und Industrie vereinen lasse.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Errichtung der Arbeitsnachweise seitens der bayer. Metallindustriellen einen neuen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter bedeutet und die bayerischen Metallarbeiter würden sich in unverzeihlicher Weise an sich selbst verüben, wenn sie in dieser ersten Stunde nicht mit aller Entschiedenheit auf die Stärkung ihrer Organisation, des christlichen Metallarbeiterverbandes hinarbeiten. Nur zu lange schon haben sie sich der Gewerkschaft fern gehalten und dadurch den Scharfmachergelüsten der bayerischen Metallindustriellen Vorparadiese geleistet. Wo man durch starke Organisationen zur Einführung von Tarifverträgen gekommen ist, sind solche Machinationen der Unternehmer nicht möglich, das beweisen deutlich die Vorgänge im Münchener Baugewerbe, wo die Unternehmer ebenfalls das Vermittlungsmittel anstrebten. Das Einigungsamt des Münchener Gewerbegerichtes, das sich unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Geßler mit dieser Angelegenheit befaßte, fällt folgenden hochwichtigen Schiedsspruch:

„Während der Dauer des Tarifvertrages ist die Neueinführung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Verbandes der Arbeitgeber für das Baugewerbe für München und Umgebung, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird.“

Die organisierten Bauhandwerker sind also durch den seitens der Organisationen abgeschlossenen Tarifvertrag gegen derartige Zwangsmaßnahmen, wie sie der Verband der bayerischen Metallindustriellen gegen die Arbeiter anwendet, geschützt. Wegen die Metallarbeiter Bayerns daraus die richtige Ruhanwendung ziehen und in voller Sinnmütigkeit sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen, das ist der beste Protest gegen das arbeitserfindliche Vorgehen der Metallindustriellen, das die Freiheit der Metallarbeiter in der schwersten Weise bedroht.

Schte Hirsch-Dundersche Bauernfängerei

wird in der letzten Nummer (28) des „Regulator“ betrieben. Er erscheint als Hyäne des Schlachtfeldes auf dem Plan, um mit der im soziald. Metallarbeiterverband abgeschafften Unterstützung für Aussehtage seine schlaffen Segel zu schwellen und mit dem Ruder der Aussehtageunterstützung neue Mitglieder zu angeln. Dabei zieht er auch unsern christl. Metallarbeiterverband in einem fort an den Haaren herbei und macht sich einer recht dreisten Zurechnung seiner Schuldig. Am Schlusse des ver schätzigsten Schmuckkonferenz dienenden Artikels schreibt der „Regulator“ nämlich in auffallender Schrift folgendes:

„Die mit so großem Pomp vom deutlichen und christlichen Metallarbeiterverband eingeführte Aussehtageunterstützung mußte von den beiden Verbänden nach kurzem Bestehen tatsächlich wieder abgeschafft werden.“

Zu diesem mehr wie sonderbaren Geschreibsel müssen wir dem H.-D. Verbandsorgan folgende Fragen zur Verantwortung vorlegen: Wann hat der christl. Metallarbeiterverband die Unterstützung für Aussehtage eingeführt? Wann hat er sie nach kurzem Bestehen wieder abschaffen müssen?

Wir sind begierig, die Antwort des „Regulator“ auf diese Fragen zu hören. In Wirklichkeit hat unser Verband die Einzelaussehtageunterstützung über haupt nicht eingeführt und konnte somit auch nicht in die Lage veretzt werden, sie wieder abzuschaffen zu müssen. Wenn einzelne Ortsgruppen sich durch sozialdemokratische und Hirsch-Dundersche Schmuckkonferenz dazu drängen ließen, die Unterstützung für Aussehtage nachzumachen, so haben sie das auf eigene Faust und nur im lokalen Rahmen getan. In unserm, vom „Regulator“ übrigens im selben Artikel abgedruckten Statut ist ausdrücklich festgelegt, daß nur dann Unterstützung für Aussehtage gewährt wird, wenn sechs Tage hintereinander gefeiert werden müssen.

Trotzdem schreibt der „Regulator“ im selben Atem von einer eingeführten und wieder abgeschafften Unterstützungsgattung. Wahrlich, wenn oberflächliche, sinnwidrige Polemik prämiert wurde, die Redaktion des „Regulator“ würde ohne längere Wahl den ersten Preis erhalten.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter

hielt in den Tagen vom 27. bis 30. Juni in Saarbrücken seine 15. Generalversammlung ab. Zum ersten mal tagte er außerhalb des Ruhrkohlenbeckens und zwar im zweitwichtigsten deutschen Kohlengebiet, im Saarrevier. Am Sonntag, den 27. Juni fand ein Umzug der christl. Bergleute mit nachfolgender Festversammlung statt, in der Generalsekretär Stegerwald die Hauptrede hielt.

Montags begannen die eigentlichen Verhandlungen, die vom Vorsitzenden Köster eröffnet wurden. Nach dem Rapportbericht, der vom Hauptkassierer Fahnenbrück erstattet wurde, betrug das Gesamtvermögen des Gewerbevereins Ende 1908: 1.194.757,65 Mk. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen im Jahre 1908 an: Sterbegeld 78.510 Mk., Streckunterstützung 11.363 Mk., Gemahregelunterstützung 15.506 Mk., Krankengeld bezw. Notunterstützung 173.860,50 Mk. Aus dem Geschäftsbericht des Sekretärs Vogelgang ergab sich, daß im vergangenen Jahre ein geringer Mitgliederverlust zu verzeichnen war. Der Gewerbeverein hatte 1905 66.630, 1907 76.686 und 1908 74.814 Mitglieder. Der Mitgliederverlust war hauptsächlich im Saarrevier erfolgt, wo eine Beitragserhöhung von 50 Pfg. pro Monat auf 40 Pfg. pro Woche durchgeführt worden war. Auch die Gestaltung der Gesetzgebung und die Lohnbewegungen der letzten Jahre wurden in dem Geschäftsbericht gewürdigt.

Ueber das Verbandsorgan „Der Bergknappe“ berichtet der Mediziner Müller, über die Reichstagsfähigkeit Sekretär Steger. Für Rechtschutz, der an die Mitglieder des Gewerbevereins unentgeltlich gewährt wird, wurden in den beiden letzten Jahren 160.941,46 Mk. aufgewandt. Es wurden 12.350 mündliche Auskünfte erteilt und 16.196 Schriftsätze angefertigt. Der gesamte sofortige finanzielle Erfolg betrug 131.972 Mk.; ein Zeichen dafür, wie leistungsfähig diese Tätigkeit wirkt. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern der Wunsch ausgesprochen, es möge der Kampf zwischen den beiderseitigen Arbeiterorganisationen eingestellt werden, um besser für die Interessen der Arbeiterschaft wirken zu können. Der sozialdemokratische Verband müsse sich aber mit der Tatsache abzufinden lernen, daß der christliche Gewerbeverein bestehe und ihn als ebenbürtige Organisation betrachten. In einer Resolution wird dem Gewerbevereinsvorstande das volle Vertrauen der Mitglieder ausgesprochen.

Am Dienstag referierte Behrens über die soziale Gesetzgebung im Reichstage betr. die Bergarbeiter, während Wg. Jmbusch über die Verhandlungen der Berggesetzgebung sprach. Beide Vorträge sollen gedruckt und in Broschürenform herausgegeben werden. In einer Resolution über die gehaltenen Vorträge wurde größerer Schutz der Bergarbeiter hinsichtlich der Berufsgefahren und vor allem ein Reichsberggesetz gefordert.

Die Verhandlungen fanden am Mittwoch ihren Abschluß mit der Beratung der gestellten Anträge. Der Bericht von 40 Pfg. wird beibehalten, jedoch wurde der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung eine Denkschrift zu unterbreiten bezüglich der Einführung von Staffeltarifen. Nachdem Stegerwald ein ferniges Schlußwort gesprochen, in dem er die Bergleute auf forderte, die Reihen zu schließen zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen, erklärte Köster die Generalversammlung für beendet.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter

konnte Anfang dieses Monats auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß

erzählen die Nummer 27 seines Verbandsorgans „Der Holzarbeiter“ im Festgewand. Eine Reihe inhaltreicher Artikel, u. a. aus der Feder des vormaligen ersten Verbandsvorsitzenden — jetzigen Generalsekretärs — Stegerwald, des derzeitigen Zentralvorsitzenden Kurlsch, des Redakteurs Janßen und vieler anderer Verbandsmitglieder gewähren einen interessanten geschichtlichen Rückblick auf das Werden und Entwickeln wie auf die bestandenen schweren Kämpfe des christlichen Holzarbeiterverbandes.

„Die schwierigsten Verhältnisse, so heißt es in dem Festartikel, Geldmangel, Gleichgültigkeit der Berufscollegen, Bekämpfung durch die Gegner usw. haben den Erfolg nicht bereiten können, daß aus zirka 100 Mitgliedern der ersten Zahlstelle in München heute 11.000 in 255 Verwaltungs- und Zahlstellen (die zirka 600 Orte umfassen) geworden sind. 11.000 Mitglieder umschlingt heute das Band der von ihrer Organisation gewollten Solidarität.“ Der Zentralverband ist im Jahre 1899 in Mainz gegründet worden durch den Zusammenschluß verschiedener Fachsektionen. Das erste Protokoll des Zentralvorstandes meldet darüber:

„Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Mainz am 21. bis 22. Mai hatten die Vertreter der christlichen Holzarbeiter beschlossen, einen Holzarbeiterverband für Deutschland zu gründen und die Vorstandschaft zu bilden den Münchener Kollegen übertragen, welche am 1. Juni eine konstituierende Versammlung abhielten. In dieser wurde die Vorstandschaft gewählt und trat der Verband somit ins Leben.“

Unter den schwierigsten Verhältnissen hat sich der Verband zu einem entschiedenen Faktor in der Gewerkschaftsbewegung ausgebildet, von Unternehmern und „freien“ Gewerkschaften anerkannt und respektiert. Bei der Tarifbewegung in der Holzindustrie hat er nachdrücklich und erfolgreich mitgewirkt und ist als gleichberechtigter Vertragskontrahent bei den abgeschlossenen Tarifen betätigt. Wir wünschen dem Bruderverband auch für das zweite Jahrzehnt die günstigste Weiterentwicklung.

Der Gutenbergbund

hat kürzlich seinen Jahresbericht für 1908 veröffentlicht, dem folgendes entnommen sei. Die Gesamteinnahmen betragen 120.071 Mk., die Ausgaben insgesamt 83.911 Mk., es verblieb mithin ein Ueberschuß von 36.160 Mk. Am Schlusse des Jahres 1908 hatte der Bund ein Gesamtvermögen von über 450.000 Mk. An Unterstützungen zahlte er 1908 rund 50.000 Mk. Während seiner vierzehnjährigen Unterstützungsaktivität zahlte der Bund 523.738 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1908 2898 gegen 2867 am Schlusse des Jahres 1907.

Da die im deutschen Buchdruckergerwerbe maßgebenden tariftreuen Prinzipale auf ihrer Hauptversammlung in Köln (am 7. Juni 1909) den Beschluß faßten, vom 1. Oktober d. J. ab mit dem Gutenbergbund einen Haftvertrag zur Ein- und Durchführung des Deutschen Buchdruckerarbeitsabzuschließen, so dürfte das wesentlich dazu beitragen, daß der Gutenbergbund in Zukunft auch in der Gewinnung neuer Mitglieder größere Erfolge zu verzeichnen haben wird, da manche Gehülfen sich vom Beitritt zum Gutenbergbund durch die irrgen Meinung abhalten ließen, als käme für tariftreue Buchdrucker nur der Verband der Deutschen Buchdrucker als alleinige tariftreue Gehülfsorganisation in Betracht.

Mitteilungen.

Daß die Gelben nur vom Geld der Kapitalisten ausgehalten werden, ist heute eine weltbekannte Tatsache, die aber von Zeit zu Zeit im Interesse der Arbeiterschaft aufgesucht werden muß. Das geschieht wieder einmal drastisch durch untenstehende Schriftstücke. Im vorigen Jahre war behauptet worden, daß der unrühmlich bekannte gelbe Führer Ermer 5000 Mk. Jahresgehalt außer hohen Tagesspesen bezöge, worauf er folgende Berichtigung veröffentlichte: „Es ist unwar, daß ich als Sekretär des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes 5000 Mark Gehalt bezöge, sondern laut Anstellungsvertrag beträgt mein Gehalt 3000 Mark.“

Was es nun mit dieser Berichtigung für eine Verwandtnis hat, geht aus folgendem Dokument hervor, das vom Generaldirektor der Fürstlich Nassischen Gruben herrührt und von der Breslauer sozialdemokratischen „Volksmacht“ veröffentlicht werden konnte: „1. Mit einem Herrn vom Reichsverbande und Ermer ist gestern Herabsetzung der Gehaltsansprüche vereinbart worden. Ermer will auch für 5000 Mark die Stelle übernehmen, beantragt dann aber längere Anstellung (auf 5 oder 6 Jahre), Ertrag der Umzugskosten für Herreise und eventl. auch für die Rückreise, falls eine frühere Lösung des Verhältnisses eintreten sollte.“

Da auch 5000 Mark nach außen hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermer vereinbart worden, daß er beim Verbands nur 3000 Mark fordere. für die weiteren 2000 Mark aber anderweit — etwa seitens des bergbauischen Vereines Sicherung bekommt. In übrigen machte Ermer einen vorzüglichen Eindruck und erscheint für die Stelle unbedenklich geeignet.

2. Die Mitteilungen des Reichsverbandes über ihn werden dem bergbauischen Verein, dem Landrat (mündlich), dem Arbeiterwohlfahrverein mitzuteilen sein.

3. Es beginnt in Berlin demnach ein neuer Rednerkursus, zu dem auf Wunsch Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geschickt werden soll... 4. Zum Vortrag bei Seiner Durchlaucht

Außerdem veröffentlicht daselbe Blatt Druckstücke eines Protokolls über die Vorstandssitzung des Vereines der niederschlesischen Grubenkapitalisten vom 9. Mai 1907, die sich ebenfalls mit den finanziellen Verhältnissen des gelben Arbeiterführers Ermer beschäftigte. Da heißt es:

„Zu Punkt 4 der Tagesordnung kam das Gesuch des Arbeitersekretärs Ermer um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes reichstreuer Arbeiter für Deutschland zur Beratung.“

Für wiederholende gleiche Fälle würde es als zweckmäßig anerkannt, die Reisekostenvergütung für Herrn Ermer ein für allemal fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagesgebern 10 Mark und an Reisekosten das Fahrgehalt der dritten Eisenbahnwagenklasse bewilligt. Auf den vorliegenden Fall angewendet, sind diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin für drei Tage zu berechnen. Da von Herrn Ermer gleichzeitig erwiderten Mittel zur Mitreise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuer Bergarbeitervereine im niederschlesischen Reviere wurden in derselben Höhe und demselben Betrage für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) bewilligt. Verein für die bergbauischen Interessen Niederschlesiens.

Anwesend: Dr. Gramberg, Schulte, Moeller, Feintle, Müller, Köhner, Balzer, Arens, Hammer.“

Ein neuer Beweis zu den früheren, auf welche Art und Weise die irreführten gelben Arbeiter verachtet werden. Ob ihnen die verbundenen Augen denn noch immer nicht aufgehen, wenn ihnen mit solch gravierendem Material der Star gestochen wird?

Humor und Dichtung.

Eine Lästerei Gottes und Verhöhnung weltlicher Autorität, ausgeführt unter dem harmlosen Thema „Humor und Dichtung“, lieferte sich Gemisse Davidsohn in einer sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandssammlung (Gesellon der Arbeiter), welche am Sonntag, den 27. Juni, im Berliner Gewerkschaftshaus stattfand. Nachdem er sich in einigen über das Wesen der Dichtungen verbreitet hatte, betonte er, daß das, was er bieten würde, der Tendenz der sozialdemokratischen Weltanschauung entsprechen werde. Er zitierte dann eine Erzählung von „Gott Mikrem“, welche nach seiner Angabe aus der Zeit um 1550 stammte. Nach dieser hatte ein „Passe“ einem Bauer ein Gebet aufgetragen, welches hieß: „O du Lamm Gottes, erbarme dich meiner!“ Statt dieses wie aufgetragen ein Jahr lang zu beten, hätte der Bauer bis Johannisfest: O du Lamm Gottes usw., von Johannisfest bis zum Herbst: O du Schaf Gottes usw., und von da bis Johannisfest: O du Hammel Gottes usw., gebetet. Eine Nachfolge über diese Behauptung durchbraute den Saal. Die Sozialdemokratie erstreckt bekanntlich auf reichlichem Gebiet den Atheismus.

Seine fernere Behauptung war eine Verhöhnung weltlicher Autorität, die auch in Form einer yltierten Erzählung serviert wurde. Ein gewisser Jemand, der jeden Winter mittel- und obdachlos war, stellte sich bei Anbruch der kalten Jahreszeit an einer gewissen Stelle, wo auch ein Gendarm stand, und rief: „Unser Herzog ist ein Rindvieh!“ Die Folge davon war Inhaftierung und Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung, durch die er dann glücklich durch den Winter kam. Dies hätte der Majestätsbeleidiger 16 Mal gemacht. Gendarm, Richter und Gefängnisinspektor hätten schließlich aus dem Kalender ersehen können, wann der alte Bekannte, der Majestätsbeleidiger, sich wieder einstellen werde.

Die Sozialdemokratie ist bekanntlich auch antimonarchisch. Majestätsbeleidigungen werden im Räderkreise geübt, das Entehrende und Beschredende, was den Gefängnisstrafen noch anhängt, wird verurteilt. Die weitere Leistung bestand in einer Verächtlichmachung der Beamtenwelt. Man sieht, wie harmlos unter dem Deckmantel des Themas „Humor und Dichtung“ der Deutsche Metallarbeiterverband die sozialdem. religionsfeindliche Agitation in seinen Reihen betreiben läßt.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Der Tarifkampf im Berliner Klempnergerwerbe

ist nach 14wöchentlicher Dauer am 26. Juni als erfolglos aufgehoben worden. Trotzdem etwa 140 Firmen den seitens der Arbeiterorganisationen vorgelegten Tarif unterschrieben anerkannt hatten, wollte es angesichts der slauen Wirtschaftskonjunktur und der Gegnerschaft des Kartells der Unternehmerverbände für das Berliner Baugewerbe den Arbeitern nicht gelingen, zu einem vollen Sieg zu kommen.

Zwar wäre es demnach möglich gewesen, eine Tarif-erneuerung vorzunehmen. Eine Erhöhung des Grundlohnes von 72½ auf 75 Pfg., ab 1. Okt. 1910 für über 23 Jahre alte Gesellen, waren die Unternehmer bereit, zuzugestehen. Andererseits wollten sie aber eine Lohnstaffelung für jüngere Gesellen eingeführt haben, die eine Verschlechterung gegen den alten Tarif bedeutete hätte. Dieser und verschiedene andere Umstände waren es, welche die mit wenigen Ausnahmen dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörenden noch im Streit stehenden Klempner betrogen, die Aufhebung des Streiks zu beschließen. Für das Berliner Klempnergerwerbe besteht also zurzeit kein Tarif mehr.

Der diesmalige Tarifkampf, bei welchem, wie schon bereits bemerkt, die streikenden Klempnergesellen nicht nur gegen die organisierten Meister des Gewerbes, sondern

4 Wochen nach dem Prozeß fällt der Vorsitzende des hiesigen Erierer Verbandes, der in Uebereinstimmung mit dem Prozeß bewerkstelligte, in seinem Organ über Maurer her, um dadurch den sich selbst bereiteten Lerner eher verschlucken zu können. Schnell hat man nun in Kirchen einige der Nummern sich verschafft und da ging der Jubel los. Lassen wir ihnen das Vergnügen!

Jedoch wie war der Sachverhalt? Am 7. März, vormittags, sprach in einer Versammlung in Wegdorf Kollege Stegerwald-Böhm, wo er u. a. auch die Eisenbahnerfrage klar legte. Des Nachmittags hatten die „Erierer“ hier ebenfalls Versammlung, in welcher sie ihren Standpunkt darlegten. Das Vorstandsmitglied letzteren Verbandes, R. Walter, war in beiden Versammlungen zugegen gewesen, vermochte aber nicht Mut aus der ganzen Sache zu werden. Als er nachher unsern Vorsitzenden traf, ging er den nun Aufführung an — was nach, weil er die Eisenbahnerfrage genau verfolgt hatte. Mit dem besten Eifer gingen beide darauf ein. Nach 6 Wochen plötzlich erhielt Maurer eine Aufstellung vom Gericht, in welcher ihm unterstellt wurde, Herrn Holz beleidigt zu haben. Am 25. Mai war der gerichtliche Termin, der mit dem Freispruch Maurers und Ueberbürdung der Kosten auf Holz endete. Am Gericht wurde festgestellt, daß der Angeber und Belastungszeuge Walter an dem fraglichen Tage 9 Stunden in den Wirtschaften verbracht und sich der tatsächlichen Vorgänge nicht mehr genau zu entsinnen in der Lage war. Eine Reihe vorurteilvoller Arbeitskollegen und Freunde des Walter sind mit uns der Ansicht, daß die Einbildungen, die er sich gemacht, gewissen „Begabungen“ zuzuschreiben sind. Sonst hätte er nicht so handelt dürfen. Für die Vorhaltungen, die ihm vom Gericht gemacht wurden, mag er sich bei denen bedanken, die ihn „gebrauchten“. Unsere „Freunde“ in Kirchen aber sollten besänftigt stillschweigen, denn sie haben am allerletzten Ufer, die Pläne des Herrn Holz und seines Kronzeugen in diesem Prozeß zu ihren dunklen Zwecken auszunutzen.

Wenn dann ferner vom „Verlag unserer Agitation“ geredet wird, so sei darauf erwidert: Als seiner Zeit von ehemaligen S. D. Mitgliedern hier unser christlicher Metallarbeiterverband gegründet wurde, da waren sich dieselben klar über die Schwierigkeiten, denen sie begegneten. 25 Jahre haben hier nämlich die S. D. gehaust, die „Vertreter“ waren da, desgleichen das Siegerländer Sozialverbändchen und die „Genossen“. Alle arbeiteten mit schwerem Hochdruck gegen die Ausbreitung unseres Verbandes. Wenn es uns trotz alledem beschieden war, neue Ortsgruppen zu bilden und uns eine öffentliche Beachtung zu verschaffen, wie sie keine andere Richtung hat, wenn wir im vergangenen Jahre trotz der Krise 20 Mitglieder neu aufnehmen und bei der letzten Quartalsabrechnung eine Einnahme verzeichnen konnten, wie wir sie nie bis dato hatten, wenn ferner bei der Gewerbeerichtswahl hier in Wegdorf die „vereinigt marschierenden“ Hirsch-Dunderschen, „Berliner“ und Sozialverbändler 11 und unsere Liste 123 Stimmen erhielt, dann kann man wahrhaftig nicht sagen, unsere Agitationsarbeit sei vergebens gewesen. Wenn es uns auch noch nicht möglich gewesen ist, mehr Kollegen für uns zu gewinnen, so beweist ganz besonders das zuletzt Angeführte, daß trotz aller Verleumdung die Arbeiterschaft Vertrauen zu uns und zu unserem Verbands gewonnen hat. Zweifellos sind unsere vielen Gegner mit Schuld, daß unsere Reihen hier noch nicht zahlreicher sind; unsere Erzeugnisse aber müssen sie respektieren, sonst würden sie nicht mit solch einem Hochdruck einsehen, um unsere weitere Entwicklung zu hemmen. Kollegen des Siegerlandes, wir wollen uns durch das Gekläß der Gegner nicht irre machen lassen, sondern um so rühriger in der Agitation unsere Schuldigkeit tun.

Schw. Gmünd. Unter der Spitzmarke „Mitgliederungrige Schmutzkurrenten“ reitet das Metallgenossenorgan in seiner Nr. 27 einmal wieder eine „scharfe Attacke“ gegen die bösen Christlichen. Nachdem das Geschrei vom „Streikbruch“ des christlichen Metallarbeiterverbandes in dem ruhig und verständig denkenden Teil der Arbeiterschaft keinen Wiederhall fand, versuchten es die Genossen, andern die eignen Schandtaten anzudichten. Die besonders in der letzten Zeit unter den Genossen sich bemerkbar machende Verlogenheit schenkt nicht nur die „Größen“ an der roten Zentrale, sondern auch die in Pforzheim und Schw. Gmünd ergriffen zu haben, so daß ihnen das Zeug zum konsequenten Denken vollständig abhanden gekommen ist. In der Metallarbeiterzeitung wird die Angelegenheit der Unterstützung für Aussetzung so dargestellt, als ob der christliche Metallarbeiterverband als erster diese Unterstützung eingeführt habe. Wir stellen dem gegenüber wiederholt fest, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband es war, der schon vor Jahren nicht nur den gegnerischen Organisationen, sondern auch denen der eignen Richtung, gerade durch die Einführung der Aussetzungunterstützung Schmutzkurrenten in des Wortes wahrster Bedeutung machte.

Man ging sogar in den Genossenkreisen nicht nur damit freiben, sondern es war gewissermaßen das einzige Agitationsmittel; diejenigen Organisationen, welche keine Unterstützung für Aussetzung zahlten, wurden als nicht leistungsfähig bezeichnet; nur die „Millionen“ der Metallgenossen seien dazu in der Lage. Besonders in Schw. Gmünd war fast in jeder Genosse auf dieses Agitationsmädchen heifert. Aber nicht genug damit, Kranken- und Aussetzung-Unterstützung wurden sogar in einen Topf geworfen und die Karenztage der letzteren mit der ersten oder umgekehrt angerechnet, so daß im Erkrankungsfalle das Mitglied eventuell vom 2. oder sogar 1. Tag Krankenunterstützung bezog. Ebenso wurden nach einem Erkrankungsfalle für nachfolgende Aussetzung ohne weiteres Unterstützung bezahlt, ohne daß die im Statut vorgesehenen Karenztage in Anrechnung kamen. Diese Praktiken wurden besonders in Gmünd beliebt und als Agitationsmittel gegen unsere 14tägige Karenzzeit bei den Genossen eingeführt.

Wenn diese Praxis auch in den übrigen Jahrestellen des freien Verbandes geübt wurde, dann kann der finanzielle Zusammenbruch, wie ihn die Abrechnung des sog. Verbandes wiederabtl. nicht Wunder nehmen. Weil man

man davon überzeugt war, daß die Abschaffung der Aussetzungunterstützung für den roten Verband geradezu eine Lebensfrage war, so sah man besonders in Gmünd mit Angst und Bangen der hiesigen Generalversammlung entgegen. Solange es nur möglich war, wurde die Abschaffung dieser Unterstützung vor den eignen Mitgliedern geheim gehalten. Sogar die Berichterstattung der Sozialdem. „Tagwacht“ über diesen Punkt war derart gehalten, daß man daraus entnehmen konnte, daß die Karenztage von 6 auf 3 Tage herabgesetzt wären. In Genossenkreisen bemüht man wiederum diese famose Berichterstattung, um unseren Mitgliedern vorzuschwindeln, daß beim sozialdem. Verband bei dieser Unterstützung nur noch 3 Tag als Karenzzeit in Anrechnung kämen.

Es ist deshalb verständlich, daß wir alles aufboten, um Klarheit zu schaffen und diesen unlauteren Wettbewerb der Gegner an den Franger stellten. Ferner fortwirkten die roten Vertrauensleute in den Betrieben, daß auch der christliche Verband zukünftig diese Unterstützung nicht mehr zahlen, und horten sich nun wieder unter Vermeidung der beiderseitigen Statuten als den „billigen Jakob“ an. Die Christlichen haben bei beiden Unterstellungen die doppelte Karenzzeit der unsrigen! Auf dieses Geschrei gaben wir nun den in der Nr. 27 der Metallarbeiterzeitung abgedruckten Dämpfer in den beiden:

Darob mit eine noch größere Wut in den Genossenkreisen Gmünds. Man bestellte sich einmal wieder den herkömmlichen Vorhölzer; dieser Mann, der nach den Berichten der Gmünder Tagespresse die Lüge als Pflicht bezeichnete, sollte nun die „bösen Christen“ lobreden. Unter großem Tamtam wurde eine Versammlung zu diesem Zwecke angekündigt, die Führer der Christlichen dazu eingeladen, damit ja die Versammlung interessant gemacht sei. Wir bezweifelten sehr stark, daß die Gmünder Versammlung, wie das vom Genossenorgan erzählt wird, von 300 Mann besucht gewesen ist. Sollte dies dennoch Tatsache sein, so ist doch das Ergebnis angesichts der gewaltigen Agitation ein äußerst mäßiges. Besonders wenn man in Berücksichtigung zieht, daß 1. diese Versammlung keine Mitglieder, sondern eine öffentliche war; 2. daß in dieser Versammlung nicht nur die ganze Arbeiterschaft sehr interessierten Angelegenheit der Abschaffung der Aussetzungunterstützung behandelt, sondern auch der zusammengelagerte „Streikbruch“ der Christlichen gebührend „festgenagelt“ werden sollte und 3. das Genossenkarstell in Gmünd 13—1400 Mitglieder haben will. Festgenagelt sei ferner noch, daß der rote Metallarbeiterverband in Gmünd allein im Jahre 1907 nahezu 1800 Mitglieder hatte.

Die Genossen sind überhaupt im Finken und Schwindeln geradezu Meister. Das bewies auch wiederum so recht ein Bericht der „Tagwacht“ über eine mit großem Tamtam und Geschrei arrangierte Versammlung in Wasserfallingen. Die württembergische Landtagsfraktion der Genossen stellte vor einigen Wochen im Landtag im Verein mit Schafmachers reinsten Wassers den Antrag, das Walzwerk in Wasserfallingen aufzugeben, wodurch 215 Arbeiter brotlos werden. Es ist klar, daß unter der dortigen Arbeiterschaft eine große Erbitterung gegen diese den Interessen der Arbeiter gerade sehr schmerzenden Haltung der „einzigen Arbeiterpartei“ sich bemerkbar machte. Auch unser Verband sorgte nach Möglichkeit dafür, daß das arbeitervertreterische Verhalten der Genossen gebrandmarkt wurde. Wir hatten dazu umsomehr Veranlassung, da wir nach all den Begleitumständen, unter welchen der Beschluß der Aufhebung dieses Werks zustande kam, annehmen müssen, daß man damit dem christlichen Metallarbeiterverband, der dort mit einer großen Mitgliederzahl in Frage kommt, den Todesstoß versetzen wollte.

Die Genossengrößen sehen nun ein, daß sie eine kolossale Dummheit begangen und daß der letzte Rest ihres Ansehens, den sie bislang noch unter einem Teil der dortigen Arbeiter besaßen, vollständig geschwunden war. Es ist deshalb zu begreifen, daß man im Genossenlager nach Möglichkeit darnach trachtete, das gefundene „Memorandum“ wieder herzustellen; man betrieb deshalb eine Versammlung ein, in der zwei Landtagsabgeordnete — darunter Reichel — und der berühmte Vorhölzer referieren sollten. Aber o Graus, von den nahezu 1400 Arbeitern des sog. Hüttenwerks Wasserfallingen waren im ganzen 26 Mann erschienen, von denen noch einige Mitglieder unseres Verbandes waren. Die übrigen Besucher, 140 an der Zahl, waren aus der ganzen Umgebung 2—3 Stunden weit zusammengedrängelt. Die „Schwab. Tagwacht“ berichtet aber dreist, daß diese Versammlung von 200 Hüttenarbeitern besucht gewesen sei. Das ist wohl ein drastisches Schulbeispiel sozialistischer Schwindelerei.

Man muß also durch die Erfahrungen, die man nach dieser Richtung mit den Genossen macht, unbedingt zu der Ueberzeugung kommen, daß dieselbe ohne zu sämwindeln nun einmal nicht leben können. Dabei sind diese Schwindelereien in der Regel noch mit einer gehörigen Dosis Frechheit und Gemeinheit gepart, so daß man unwillkürlich an das Wort des Frankfurter Dichters Böne erinnert wird:

„Es gibt Menschen, die wohnen auf dem Chimborassa der Gemeinheit; es ist unmöglich, ihnen beizukommen — sie behalten immer recht. Der Witz, der sie aufsucht, sinkt schon am Fuße des Berges entatmet nieder und bekennt mit Scham, daß ein Krügel besser sei, als eine Lanze.“

Inwiefern das vorstehende Bild auf folgende Tatsache Anwendung findet, wollen wir der Öffentlichkeit überlassen. Die Metallarbeiterzeitung erhalten unsere Gmünder Kollegen durch die Post, in der Regel bereits am Mittwoch oder Donnerstag. Wie dies aber stets bei fast allen Nummern, in denen ein Artikel über unsere Kollegen oder unsere Verwaltungskasse in Schw. Gmünd enthalten ist, geschieht, so erhielten sie auch die Nummer 27 der Metallarbeiterzeitung anstatt längstens am Donnerstag erst am Sonntag früh. Vielleicht weiß der dem folgenden Artikel unterzeichnete „Negerman“, woran das liegt.

Es ist aber geradezu fündig kleinlich, wenn eine Arbeiterorganisation mit solchen Märgen den Gegner bekämpfen will. Mit solchen Kleinlichkeiten richten sich deren

Hilfeshelm. Die zur Zeit hier herrschende Bedrängnis unserer Kollegen veranlaßt uns, die Aufmerksamkeit auf unsere hiesigen Arbeitsverhältnisse aufmerksam zu machen. Haben wir hier in der Metallindustrie in den letzten guter Konjunktur von gewerkschaftlichen Kämpfen wenig berichten können, so hat dieses seine Ursache darin, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen den örtlichen Verhältnissen entsprachen. In neuerer Zeit hat sich manches verändert. z. B. sind vor Jahresfrist die Arbeiter der hiesigen Firma Ed. Mhlborn, Maschinenfabrik und Eisengießerei (Spezialität: Mollereianlagen), mit einem neuen Betriebsleiter beglückt worden. Im Anfang seines Regiments wurden die Arbeiter fast täglich mit neuen Bekanntmachungen bedacht, die angeblich Verbesserungen bringen sollten, jedoch nicht im geringsten das bis dahin bestandene Einvernehmen der Arbeiter mit der Firma Mhlborn besternten. Im Gegenteil, die verschiedensten Maßnahmen lassen es verständlich erscheinen, daß das Verhältnis der Arbeiter zur Firma ein immer gespannteres wurde. Ein auf Anregung der Arbeiter im Oktober 1908 gewählter Arbeiterausschuß vermochte es aber auch nicht, ein Einverständnis mit der Leitung herzustellen, weil der Ausschuß nicht im Sinne der Arbeiter wirken konnte. Vielmehr sollte der Arbeiterausschuß dem Herrn Betriebsleiter dazu dienen, nur seinen Wünschen zur Durchführung zu verhelfen. Wir gebeten hierbei besonders der Einführung einer neuen verschärften Arbeitsordnung.

Im Anfange seines Wirkens bei der Firma Mhlborn sollten allerlei Maßnahmen dazu dienen, den Betrieb rentabler zu gestalten, z. B. schnelleres Laufen von Transmissionsen und Werkzeugmaschinen. Doch alles dieses war noch nicht erfolgreich genug. Als weitere Sparobjekte kamen nunmehr die Arbeiter an die Reihe. Bedeutende Akkordreduzierungen die bisher stattgefunden haben und scheinbar noch weiter stattfinden sollten, wurden stets dadurch begründet, daß die Firma nicht konkurrenzfähig sei. Bei diesen Akkordreduzierungen der Arbeiter gezwungen, mit der äußersten Kraft und Anspannung zu arbeiten, so daß verschiedene Kollegen diesem „Eldorado“ den Rücken gekehrt haben. Den Wünschen der Arbeiter ist jedoch in den wenigsten Fällen Rechnung getragen worden, wovon es nach Meinung der Arbeiter in den meisten Fällen der Firma ein leichtes wäre, Entgegenkommen zu zeigen. Möge darum jeder Kollege, bevor er bei dieser Firma Arbeit annimmt, sich bei der Ortsverwaltung melden.

Den unorganisierten Kollegen der Metallindustrie aber sei in ihrem eigenen Interesse die ernste Mahnung zugerufen, sich ihren organisierten Mitarbeitern anzuschließen. Nur dann werden wir gegen solche Zustände nachdrücklich Front machen können.

Schlesien. Die verschiedensten Mittel wendet man auf Seiten der „gelben Vereine“ an, um den Arbeitern die christliche Gewerkschaftsbewegung zu verkettern. So auch „Der Feierabend“ Organ der reichstreuen Bergarbeitervereine („Gelber“) in Schlesien. In Nr. 52 vom 3. Juli berichtet dieses Blatt über eine Versammlung der Gelben vom Kruppwerk in Essen, wo zwei auf Kosten unbekannter Gastgeber von Berlin herbeigeleitete Gelbe ein schauerliches Jammerlied über den sozialdemokratischen Terrorismus in den Siemenswerken in Berlin gesungen haben sollen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Ähnliche Verhältnisse — so führten Essener Arbeiter aus — könne man auch auf dem Kruppischen Werk beobachten. In den Pausen und nach Feierabend am Schraufstod und in der Bierhalle würden die nicht organisierten von Metallarbeiterverbändlern beider Richtungen „bearbeitet“ und, wenn sie nicht gleich mit beiden Füßen in die Organisation hineinspringen, in brutaler Weise chikaniert. Besonders würden jetzt auch die „Gelben“ aufs Korn genommen, aber trotz aller Anfeindungen werde man sich nicht irre machen lassen, sondern das Recht der Koalition auch für die national-gefinnten Elemente der Kruppischen Arbeiterschaft bis zum äußersten verteidigen.“

Nun ja, die armen „Gelben“ werden jetzt besonders aufs Korn genommen. Der organisierte Arbeiter sieht eben in den „Gelben“ eine Gefährdung seiner Koalitionsfreiheit. Die gelben Vereine sind keine vom Arbeiter zu seinem Nutzen gegründete Organisationen. Nein, denn die Gründer waren festgestelltermassen die Arbeitgeber. Ihre Taktik ist gänzliche Verwerfung des Streikrechts.

Wie weit diese Taktik aber führt, zeigt der Streik in der Maschinenfabrik in Magdeburg-Buckau. Dort streifen eben auch die „Gelben“. Denn, wenn es den Arbeitern gar zu bunt wird, mit Lohnreduzierungen, Behandlung von Seiten der Beamten usw., dann plagt auch dem „gebildigen Gelben“ die Geduld und er streift mit.

Was nützt es aber auch „gelb“ zu sein, wenn es heißt, wir kommen mit unserm Lohn nicht aus, wir müssen, um mit unserer Familie leben zu können, Steuern und alles übrige zu bezahlen, mehr Lohn verdienen. Der Arbeitgeber macht bei diesem Punkte keine Ausnahme zwischen „Gelben“ und anderen Arbeitern.

Der nationale Arbeiter kann sein Recht wahren, ohne seine nationale Gesinnung preiszugeben, indem er eben den christlichen Gewerkschaften beiträgt. Selbst Extravaganzen können in der Arbeit ohnehin schon

gepaltenen Arbeiterschaft für letztere nur Schaden bringen. Deshalb christlich nationale Metallarbeiter, es gibt für uns nur ein Mittel, den organisierten Unternehmern gegenüber, um unsere Interessen zu wahren, das ist: Fort mit der gelben Schmarbepflanze, weil wir freie Männer sein und bleiben wollen und hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Sulzbach (Oberpfalz). Bekanntlich wurde in dem Schwesterwerk Haidhof nach dem verhängten Streik dortselbst und auf eifriges Verlangen von Augsburg her, der Verein alter Maghütter gegründet. Die Sache wurde genau nach der gelben Schablone eingeleitet. Scheinbar sollten den Mitgliedern gegen geringe Beiträge große Vorteile geboten werden in Gestalt von Unterstützungen, Darlehen und insbesondere Weihnachtspremien, natürlich alles nach „Bedürftigkeit und Würdigkeit.“ In den übrigen Werken wurden namentlich die bisher unorganisierten Arbeiter mißbraucht, um Gewerkschaften zu bilden. Auf das nähere, wie diese Gründungen sich vollzogen, wollen wir heute nicht eingehen, obwohl der von oben beauftragte Frank schon manches darüber in Wertschriften ausgeplaudert hat mit stichtlichem Stolz auf seine hohe Güternachfolge. Auch das schmutzige Gewerbe der gelben Agitationspraxis zu kennzeichnen, sei einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Wie es mit der Harmlosigkeit des genannten Vereins bestellt ist, geht aus nachstehenden markanten Stellen des gelben Statuts hervor:

Der § 1 (gibt Auskunft über Namen, Zweck und Leistungen).

Der Verein führt den Namen: Verein alter Maghütter und hat seinen Sitz in Haidhof.

Zweck des Vereins ist, für seine Mitglieder:

1. Die Gewährung von Unterstützungsbeiträgen bei Bedürftigkeit und Würdigkeit in außergewöhnlichen Unglücksfällen.
2. Die Gewährung von zinsfreien Darlehen in besonderer Notlage.
3. Die Gewährung von Altersprämien alljährlich zu Weihnachten nach besonders festgesetzten Bestimmungen.
4. Abhalten von Festlichkeiten.
5. Sonstige, das Wohl des Arbeiters fördernde Einrichtungen.

Wer wird wohl für würdig erachtet für die unter Absatz 1 angeführten Unterstützungen? Jedenfalls derjenige, der jederzeit gerne und bis zur Bewußtlosigkeit Leberzuckern und Bierlöffeln macht, der niemals unzufrieden wird, wenn die Afforde noch so sehr nach unten geschraubt werden und mit keiner Wimper zuckt, wenn das Unwetter einer schlechten Behandlung über ihn hereinbricht. Das Darlehenssystem ist zur Genüge bekannt als eine Art Schlinge, welche dem Arbeiter die Freiheit erdroffelt. Die Altersprämien sind der Köber oder der Speck womit man die Mäuse fängt, und die Vereinsfestlichkeiten der einzige Tag jährlich, an dem die Vorgesetzten mit dem Arbeiter freundlich lächeln. Als sonstige das Wohl des Arbeiters fördernde Einrichtung gilt wohl das Schwitzsystem.

(Wer Mitglied werden kann, sagt der) § 2.

Vereinsmitglied kann jeder Arbeiter und Meister, welcher entweder am Sitz des Vereins oder auf einem anderen zur Eisenwerk-Gesellschaft Maghüttershütte gehörenden und in der Oberpfalz gelegenen Berg- und Hüttenwerken auf Grund der Arbeitsordnung beschäftigt ist, auf Grund schriftlicher Beitrittserklärung gegenüber dem Ausschuss werden, und welcher nicht einer anderen Arbeiterorganisation angehört.

Mitglieder, bei welchen diese Bedingungen nicht vorhanden sind, werden von der Vorstandschaft ohne weiteres ausgeschlossen.

Im vorstehendem § 2 des gelben Statuts wird die deutsche Sprache mißhandelt und den Mitgliedern Klipp und klar verboten, irgendwelcher andern Arbeiterorganisation anzugehören, gleichviel, ob dieselbe gewerkschaftlichen, konfessionellen oder politischen Charakter trägt. Damit sind aber die gesetzlichen Bestimmungen über freien Arbeitsvertrag und Koalitionsrecht umgangen. Das einzige Mittel, um den Arbeitsvertrag frei zu gestalten, sodaß der Arbeiter ein Wort mit zu reden hat, ist das gesetzliche Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Dieses Recht dürfen aber die Mitglieder des Vereins alter Maghütter nicht gebrauchen.

Daß dem Zucker regelmäßig die Peitsche folgt, beweisen auch hier die gelben „Erfolge.“ So wurde z. B. auf der Schienenpresse die Belegschaft vermisst, obwohl die gleiche Arbeit geleistet werden muß. Daneben wurden die Affordbäse entsprechend „ge-regelt“, sodaß jetzt circa 3,50 verdient werden kann im Afford, wo vorher noch 4,50 Mk. der durchschnittliche Verdienst war. Also pro Schicht 1 Mk., im Jahr 300 mal 1 Mark und 2 Mark Vereinsbeitrag bilden die Leistungen des Arbeiters in solchem Falle, dafür das Untergericht einer fraglichen Weihnachtspremie und Unterstützung bei „Bedürftigkeit und Würdigkeit.“ Es ist begreiflich, daß sich auch hier die Erkenntnis Bahn macht, so äußerte einer der Gelben in bitterer Selbstanklage: „einen Schlegel sollt man nehmen so schwer

als man ihn heben könnt und sollt einem das Hirn einschlagen.“ Hoffentlich haben nur auch solche Kollegen, die bisher gleichgültig der Organisation ihres Berufes gegenüber standen, den Mut, die Schlußfolgerungen zu ziehen, durch den Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband.

Die christlich organisierten Arbeiter wollen keine Amosenvereine, die doch nur Arbeiter und Unternehmer täuschen, täuschen über das, was in der Brust des Arbeiters vorgeht. Der rechthchaffene tüchtige Arbeiter wird Schlechwege verschmähen und offen und ehrlich seine Interessen und Rechte vertreten. Deshalb wollen die christlichen Gewerkschaften nicht den faulen Frieden der dem gelben Prinzip eigen ist, sondern einen ehrlichen Frieden, der beiden Teilen Recht widerfahren läßt.

Halbwegs vernünftige Arbeitgeber haben vor dem feigen Kriecher keine Achtung, wenn dies auch nicht immer nach außen sich zeigt. Allen Schwierigkeiten zum Trotz halten eine stattliche Zahl von Kollegen den christlichen Gewerkschaftsgedanken hoch, und Du, werter Kollege, der Du noch außerhalb stehst, zaudere nicht länger und trete ein in die Reihen Deiner Kollegen, um mit zu kämpfen für ein besseres Los.

Soziales.

Lebensmittelpreise und Arbeitsverdienst.

Die gestiegenen Preise für alle Lebensbedürfnisse stehen vielfach in großem Mißverhältnis zu dem Arbeitsverdienst. Es lag daher nichts näher, als durch Haushaltsbudgets der Deffentlichkeit den Beweis zu erbringen, daß der Lohn vieler Arbeiter schon unter die Durchschnittslinie herabgesunken ist, die zur ausreichenden Ernährung einer Familie gezogen werden muß. Der Berechnung der Kosten für die Ernährung einer 4-köpfigen Familie liegt die Nahrungsmittelration der deutschen Marinekolonaten zu Grunde. Man wird nicht behaupten können, daß sie zu hoch gegriffen ist. Der Preis an wöchentlichem Aufwand für die gleichen Nahrungsmittel schwankt zwischen 19,56 und 25,47 Mark. In den westlichen Provinzen ist die Ernährung durchschnittlich teurer als im Norden und Osten. Die höchste Differenz erreicht Köln mit 25,47 Mark, die niedrigste Graubenz mit 19,56 Mark. In einzelnen größeren Orten stellt sich der Preis für den wöchentlichen Bedarf wie folgt:

Königsberg i. P.	20,31	Hanover	20,82
Berlin	21,96	Münch.	22,22
Stettin	21,09	Dortmund	22,50
Breslau	22,53	Düsseldorf	24,42
Magdeburg	22,77	Köln	25,47
Salze	24,87	Essen	23,37

Stellen wir diesen Summen gegenüber den Wochenverdienst der Arbeiter im Allgemeinen, so ergibt sich ein Betrag, der die Durchschnittssumme für Lebensmittelbeschaffung nicht erreicht. Damit wäre allein schon der Beweis geliefert, daß der Arbeitsverdienst unzureichend ist. Zu den Ausgaben für Lebensmittel kommen noch die für die übrige Lebenshaltung und der Miete. Es ergibt sich also von selbst, daß zahlreiche Arbeiterfamilien in Verhältnissen leben, die kulturwidrig und im höchsten Grade bedenklich sind.

Einen interessanten Beitrag hierzu liefern auch die Ergebnisse der vom Kaiserlich statistischen Amt veranstalteten Haushaltsaufnahmen, von welcher zur Zeit die von München vorliegt. Die Beteiligten waren nur gelernte organisierte Arbeiter. Der Jahresdurchschnittsverdienst betrug 1291,50 Mark. D. Conrad meint hierzu, daß eine Familie mit drei, höchstens vier Kindern von dem Verdienst eines gelernten Arbeiters allenfalls gesund und kulturwürdig leben kann, wenn die größte Sparfamkeit und Wirtschaftlichkeit obwaltet. Jedoch bringt die längere Krankheit oder sonstige Arbeitslosigkeit des Mannes, selbst wenn dann Krankengeldbezüge eintreten, die Bilanzen der Familie in Unordnung.

Aus dem ganzen Zusammenhang geht hervor, daß die Lage besonders der Fabrik- und nichtgelernten Arbeiter, welche den weitaus größten Teil der Arbeiterschaft bilden, eine sehr ungünstige ist. Die Lebensmittelpreise in den wäntigen Bezirken sind nur ausnahmsweise um ein Geringes niedriger; an manchen Orten sind sie zum Teil sogar noch höher. Dafür ist aber der Verdienst in diesen Betrieben erheblich geringer. Nur dadurch, daß die Arbeiter sich selbst Gemüse, Kartoffel usw. ziehen, können sie notdürftig auskommen. Für die Notlage der Arbeiter sprechen am besten die so häufigen Arbeitsentstellungen unorganisierten Arbeiter. Aus diesen Volksmassen kommt der im Arbeiterstand sich angesammelte Unmut über die schlechte Lebenslage in reiner ungekünstelter Weise ohne Beeinflussung zum Ausdruck. Er ist der Grundstein für die Erregung in den unteren Volksschichten. Leider hat man vielfach in Arbeitgeberkreisen kein Gefühl und Verständnis für die Not und Bedürfnisse der Arbeiter. Mit eisernem Zwang wird doch der Arbeitslohn durch die Arbeitgeberverbände herabzubrüden versucht.

Briefkasten.

Nach Pappel. Selbstverständlich sind die Vorstandsmitglieder in erster Linie verpflichtet, in den Versammlungen anwesend zu sein und den übrigen Kollegen so mit gutem Beispiel voranzugehen. — Der Konferenzbericht von Wachen wie eine Reihe anderer Einwendungen mußten wegen Stoffmangel zurückgestellt werden. Bei dieser Gelegenheit seien alle Korrespondenten wieder mal dringend eruchtet, die Berichte und Artikel möglichst kurz zu halten. Leider gibt es eine Reihe Kollegen, die unter 8—8 Bogen überhaupt nichts schreiben können. Solche Berichte sind jährlich für den Redakteur und langweilig für die Leser. In der Kürze liegt die Würze.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Aischaffenburg. Samstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Kollegen Köhl, Strickerstraße 20.

Mugsburg. Samstag, den 17. Juli Versammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal.

Bremen. Unsere Mitglieder-Versammlungen sind von jetzt ab im neuen Vereinslokal „Marienburg“, Steffensweg. Nächste Versammlung mit Vortrag Samstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Christliches Gewerkschaftskartell Breslau. Am 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften Mauritiusplatz 4 (großer, Saal) Versammlung aller Mitglieder der fünfigen Ortsgruppen wozu jedes Mitglied bringen ersucht wird, seine Angehörigen, besonders die Frauen mitzubringen. Tagesordnung: „VII. Christlicher Gewerkschaftstongreß in Köln.“ Referent: Kollege Pfeiffer, Breslau. Gleichzeitig sei auf das am Sonntag, den 1. August, nachmittags 4 Uhr bei Lampert, Weidenbaum 34—38 stattfindende Kartellfest hingewiesen.

Dortmund. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62 1/2.

Dortmund-Sörde. Sonntag, den 18. Juli, vorm. 11 Uhr Versammlung im Lokal von Stämpel, selbiger Straße.

Duisburg-Neiderich. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden nicht mehr jeden 4. Sonntag im Monat statt, sondern alle 3 Wochen Samstags, abends 9 1/2 Uhr bei Saserlamp. Die nächste am 24. Juli. Dabun wird es jedem Kollegen möglich gemacht, in der Versammlung zu erscheinen.

Eisenach. Samstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Konzerthaus Etenba.

Essen-Stadt. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Müllgen, Frohnhauserstraße.

Essen-Mittelscheid. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wallney, Mittelscheidstraße.

Essen-Mellinghausen. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Köhne, Hauptstraße.

Essen-Kray. Samstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Freitag, Grenzstraße. Referent: Kollege Deuple.

Essen-Alteneffen. Sonntag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segerothstraße.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Müsch, Segerothstraße.

Essen (Ortsverwaltung). Am Sonntag, den 25. Juli, findet im Vereinslokal Unterdorfstraße und im Lokal des Vereins „Fürsorge“, Essenstraße in Dergershausen unter Gewerkschaftsfest statt. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich an demselben zu beteiligen.

Essen-Berge-Vorbeck. Samstag, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Vortmann, Hochstraße.

Essen (Klempner, Schmiede, Schlosser). Samstag, den 24. Juli abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 19.

Geisweid. Samstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Gasthof Richard Schäfer.

Gelsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr Versammlung bei Masius. — Sonntag, den 18. Juli, Ausflug ins Ruhetal mit Damen. Abfahrt 12,30 Uhr Hauptbahnhof.

Gelsenkirchen-Süllen. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Nachbarschule.

Gelsenkirchen-Bulte. Freitag, den 23. Juli, abends 8 Uhr Versammlung bei Wehde.

Saape. Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, Versammlung bei Weber. Referent Kollege Meß.

Togolstadt. Der jetzige Vorsitzende, Franz Burger, wohnt Schullstr. 19. Dasselbst werden die Unterstützungen ausbezahlt von 12—1 Uhr mittags und von 5—8 Uhr abends.

Karlruhe. Samstag, den 24. Juli, abends 1/9 Uhr, Versammlung bei Seithel, Kaiserallee 27.

Königsbub. Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, Versammlung und Stiftungsfest bei Herrn Bogt in Wengern.

Lothringen. Die Rechtschützverbände für die Hüttenarbeiter Lothringens sind jeden Dienstag und Freitag in Neuenlingen, Schlachthausstr. 17 und jeden Mittwoch Nachmittags von 4—6 1/2 Uhr in Kobligen für das Ornetal.

Lübeck. Vorsitzender: C. Drosten, Glodengießerstraße 38/6, Raffstr. 2. Kassierer: E. Kapinos, Schwartauer Allee 149a. Die Unterstützungen werden beim Kassierer mittags von 12—1 Uhr ausbezahlt.

München. Samstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung mit Referat im Kollegarten.

Oberhausen (Mhl.) Ortsverwaltung. Sonntag, den 25. Juli, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Hb. Hartgenbusch (Markt- und Doppelstraßen-Ecke.) Mitglieder-Versammlung mit Frauen und anderen Familienangehörigen. Nach dem geschäftlichen Teil geselliges Beisammensein.

Siegburg. Sonntag, den 18. Juli, morgens 11 Uhr, im Restaurant Minoriten Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Unterföhen. Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Konferenzbericht.

Schwab.-Gmünd. Jeden 1. Samstag im Monat zur Sommerzeit Mitglieder-Versammlung. Als Lokale sind abwechselungsweise die beiden Vereinshäuser vorgezogen. Die nächste Versammlung findet Samstag, den 7. August statt. — **Stahldorf.** Samstag, den 7. August abends 8 Uhr im Lamm. — **Muttangen.** Samstag, den 7. August, abends 8 Uhr im Adler. — **Ober-Unterbettrigen.** Samstag, den 7. August, abends 8 Uhr im Döhlen. — **Waldflecken.** Samstag, den 7. August abends 8 Uhr im Hirsch. — In sämtlichen Versammlungen soll an Hand einer Reihe von Vorträgen das Verbandsstatut behandelt und erläutert werden.

Heidelbeeren-Versand.

Das christliche Gewerkschaftskartell Schramberg-Dauterbach wird auch in diesem Jahre einen Heidelbeer-Versand einrichten. Bestellungen finden an Nikolaus Klau in Dauterbach, (Warttemberg-Schwarzwald) zu richten. Die Kartellvorstände, wie Ortsgruppenleitungen werden gebeten, die Bestellungen möglichst gemeinsam zu organisieren. Die Beeren werden durchgehends Verpackung in den billigsten Tagespreisen geliefert.